

political

Das Magazin für Politik und Gesellschaft // Ausgabe 2/2023

 Hanns
Seidel
Stiftung



WIE STABIL IST UNSER WOHLSTAND?

FOKUS

Die Finanz- und Wirtschaftssituation
in Deutschland

IM INTERVIEW

Dr. Markus Söder verrät uns
seinen Zukunftsplan für Bayern

«*Der Markt ist
der einzig
demokratische
Richter, den es
überhaupt in der
modernen Wirt-
schaft gibt.*»

Quelle: www.zitate.eu/

Ludwig Erhard (1897-1977)

S

Sehr geehrte Leserin, sehr geehrter Leser,
verehrte Abonnenten,

unser Politik-Magazin *politicus* geht in die zweite Runde und Ihre positiven Rückmeldungen bestärken uns, dass wir mit unserer neuen Zeitschrift den richtigen Weg eingeschlagen haben.

In diesem Heft beleuchten wir in unserem Schwerpunkt das Thema ‚Wirtschaft und Finanzen‘. Wir haben uns diesem Themenkomplex gestellt, da sich nur in einem geordneten wirtschaftlichen Umfeld sicheres Leben entfalten kann. Deswegen haben wir unseren Vorsitzenden Markus Ferber, MdEP, gebeten, uns seinen Masterplan für Europas Wettbewerbsfähigkeit vorzustellen. Denn nur, wenn die europäischen Rahmenbedingungen passen, können auch auf nationaler Ebene wirtschaftliche Probleme angepackt und gelöst werden.



Oliver Jörg, Generalsekretär

Das große *politicus*-Interview hat unsere Redaktion mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder, MdL, geführt. In unserem exklusiven Gespräch in der Staatskanzlei ging es um die Themen Energieversorgung, Mittelstand, Start-ups, Fachkräftemangel und die Bedeutung einer guten Vernetzung. Wir haben uns über die Bedeutung von Start-ups ausgetauscht, und auch darüber, wie Söder Bayern wirtschaftlich sicher in die Zukunft führen will.

Außerdem haben wir für Sie viele weitere spannende Beiträge wie Mobilitätskonzepte für den urbanen Raum, warum Deutschland mehr tun muss, um den globalen Herausforderungen gerecht zu werden – und wir waren zu Besuch bei Otto Wiesheu.

Bei der Lektüre wünschen wir Ihnen Freude wie Erkenntnisse und freuen uns über Ihr Feedback unter politicus@hss.de. Bleiben Sie uns weiterhin gewogen.

Oliver Jörg,
Generalsekretär der Hanns-Seidel-Stiftung

HSS SCHWERPUNKT

WIRTSCHAFT UND FINANZEN

6 **Einführender Beitrag**
Europa stärken



10 **Perspektive 1**
Nachhaltigkeit und Marktwirtschaft

12 **Perspektive 2**
Tipps zur sicheren Geldanlage

16 **Perspektive 3**
Mutige Entscheidung statt Klein-Klein

20 **Interview**
Der Bayerische Ministerpräsident Dr. Markus Söder, MdL: „Bayern plant für die Zukunft.“



26 **Blick in die Welt**
Kroatien: Neues Mitglied im Euro-Land



30 **Kommentar**
Was tun mit ChatGPT?

32 **Reportage**
Wo bitte geht's zur nächsten Bankfiliale?



38 **Nachgefragt bei ...**
Bayerischer Staatsminister der Finanzen und für Heimat Albert Füracker

40 **Service-Seite**
Empfehlungen

41 **Fazit**
„Ehrbarer Kaufmann“ gesucht

WEITERES

42 **Denkanstoß**
Wir leben in einer Zeitenwende
von Florian Hahn, MdB

44 **Politik von außen betrachtet**
Das MobilityCoin System
von Prof. Dr.-Ing. Klaus Bogenberger
und Philipp Servatius

46 **Pro & Contra**
Metaverse Segen oder Fluch?

48 **Was macht eigentlich ...**
Otto Wiesheu

50 **Parlamentarier online**

52 **Rezensionen**

54 **Damals**
Josef Müller – der „Ochsensepp“
Geschichte auf Draht

56 **Zu guter Letzt**
„Eine ‚Allerweltpartei‘ ist
die CSU nie gewesen.“

58 **Impressum**

EUROPA

STÄRKEN

wettbewerb

Text: Markus Ferber, MdEP

D

Die Europäische Union befindet sich in schwierigem wirtschaftlichen Fahrwasser. Auch wenn die für viele Mitgliedsstaaten befürchtete Rezession wohl fürs Erste abgewendet wurde.

Die projizierten Wachstumsraten für 2023 sind marginal – bei gleichzeitig hoher Inflation und hohen Energiepreisen. Da in der derzeitigen Krise, anders als beispielsweise in der Pandemie, die Probleme nicht durch einen massiven Nachfrageeinbruch, sondern angebotsbedingt entstehen, kann die heutige Antwort nicht dieselbe sein. Zumal neue Konjunkturpakete die Inflation weiter befeuern würden anstatt die zugrundeliegenden Strukturprobleme anzugehen.

Gleichzeitig wenden sich im internationalen Kontext viele Länder von einer offenen und regelbasierten internationalen Wirtschaftsordnung ab. Selbst die Vereinigten Staaten haben im Rahmen des so genannten

„Inflation Reduction Act“ ein umfassendes Subventionsprogramm aufgesetzt, das zum einen europäische Unternehmen ausschließt und zum anderen darauf abzielt, zukünftige Schlüsseltechnologien in den USA anzusiedeln.

Um diese Herausforderungen anzugehen, braucht es einen Masterplan für Europas Wettbewerbsfähigkeit, der mindestens die folgenden Elemente enthalten sollte:

› Belastungsmoratorium und Kampf gegen neue Bürokratie

Trotz der überaus angespannten Situation plant die Europäische Kommission zahlreiche neue Gesetzesvorschläge wie beispielweise ein europäisches Lieferkettengesetz oder verschärfte Emissionswerte für Unternehmen, die vor allem zu zusätzlichen Vorgaben und Belastungen führen werden. Es ist daher dringend notwendig, all diese Pro-

jekte auszusetzen und mit Blick auf ihre tatsächliche Notwendigkeit zu überprüfen.

Die angesprochenen Gesetzesvorhaben stehen in einer Linie mit einer problematischen Entwicklung der vergangenen Jahre. Der gemeinsame europäische Rechtsrahmen wird immer überbordender, Überschneidungen mehren sich und die Befolgungskosten steigen. Nur selten werden bestehende Regularien vereinfacht oder Rechtsakte zurückgezogen. Der „Acquis Communautaire“ der EU sollte daher dringend im Hinblick auf diese Probleme analysiert und anschließend entsprechend der gewonnenen Erkenntnisse optimiert werden.

› Vollendung des Europäischen Binnenmarktes

Der gemeinsame Binnenmarkt war in der Vergangenheit ein stetiger Motor für mehr Integration und wirtschaft-

E s braucht einen **Masterplan für Europas Wettbewerbsfähigkeit.»**

8

liches Wachstum. In der Energiekrise hat sich jedoch gezeigt, dass die Integration noch lange nicht abgeschlossen ist und sich nationale Grenzen zu Flaschenhälsen beim Energietransport entwickelt haben. Wären diese beseitigt, könnten Strom, Gas und die Energieträger der Zukunft frei fließen, was die europäischen Energiepreise senken und die Resilienz der Union fördern würde.

Auch im Finanzsektor müssen die Integration befördert und länderübergreifende Investitionen vereinfacht werden. Hier stehen vor allem die Bereiche Steuern und Insolvenzrecht einem weltweit konkurrenzfähigen europäischen Finanzsystem im Wege.

Darüber hinaus muss die Entsendung von Mitarbeitern ins Ausland vereinfacht werden. Gerade für kleine Unternehmen, die besonders unter Bürokratie- und Compliance-Kosten leiden, ist es zudem notwendig, dass europäische Regeln vereinheitlicht oder zumindest zentrale Anlaufstellen zur Beratung geschaffen werden.

Für diese Vereinheitlichung ist es allerdings dringend nötig, dass die Mitgliedsstaaten aufhören, gemeinsame Entscheidungen durch Zusatzregelungen zu erweitern. Dieses „Goldplating“ verkompliziert zusätzlich und führt einheitlich getroffene Entscheidungen ad absurdum.

Dies sind nur einige Beispiele, die exemplarisch für eine größere Herausforderung stehen: 30 Jahre nach Gründung des europäischen Binnenmarktes muss die Vollendung des gemeinsamen Wirtschaftsraums wieder zum Leitmotiv der europäischen Politik werden.

› Eine moderne und interessengeleitete Industriepolitik

Es bedarf einer Neuanpassung der bestehenden Industriestrategie, die kohärenter und zielgerichteter ausgestaltet werden muss. Hierfür muss eine kritische Bestandsaufnahme der aktuellen Stärken und der zukünftigen Herausforderungen be-

ziehungsweise der Technologien, die Europa zur Bewältigung dieser Probleme benötigt, durchgeführt werden. Auch muss es Ziel sein, bestehende Defizite und Abhängigkeiten zu beseitigen. Die Pandemie und der russische Angriffskrieg haben eben diese Abhängigkeiten, beispielsweise bei industriellen Vorprodukten oder Arzneimitteln, sehr deutlich zum Vorschein gebracht.

Es muss sichergestellt werden, dass Technologien, in denen Europa führend ist, nicht zum Auslaufmodell werden. Hierzu gehört beispielsweise das kürzlich beschlossene Aus für Verbrennungsmotoren, das dringend revidiert werden sollte. Vielmehr sollte die Europäische Union auch im eigenen Interesse Technologieoffenheit demonstrieren.

Um in Zukunft mithalten zu können, muss Europa aber auch bei Zukunftstechnologien wie Wasserstoff, Batterien oder Computerchips mehr tun. Es ist wichtig, dass Europa hier

DER MASTERPLAN FÜR EUROPAS WETTBEWERBSFÄHIGKEIT

- › Kampf gegen neue Bürokratie
- › Vollendung des Europäischen Binnenmarktes
- › Eine moderne und interessengeleitete Industriepolitik
- › Zugang zu kritischen Rohstoffen sichern – Kreislaufwirtschaft stärken
- › Handelsagenda stärken
- › Wettbewerbsrecht modernisieren
- › Fachkräftemangel bekämpfen
- › Forschung und Entwicklung stärken

schnell Kapazitäten schafft, um den Anschluss an führende Regionen nicht vollständig zu verlieren und europäische Resilienz aufzubauen.

Mit dem Chips Act und der Idee einer „Wasserstoffbank“ scheint das Thema nun auch endlich der Kommission bewusst geworden zu sein. Verglichen mit anderen Weltregionen sind die dafür bereitgestellten finanziellen Mittel allerdings viel zu gering und ermöglichen keinesfalls den erhofften Anschluss an die Weltspitze.

› Zugang zu kritischen Rohstoffen sichern – Kreislaufwirtschaft stärken

Eine Studie der Kommission hat bereits 2020 festgestellt, dass viele Vorprodukte für unsere Industrie nicht in Europa hergestellt werden können und daher Abhängigkeiten bei vielen kritischen Rohstoffen existieren. Dieses Problem muss im Rahmen einer europäischen Rohstoffstrategie adressiert werden. Hierfür gilt

es, innereuropäische Fördermengen zu erhöhen und Lieferungen im Rahmen strategischer Partnerschaften mit Drittstaaten abzusichern und zu diversifizieren. Auch muss ein effektives Recycling im Sinne einer Kreislaufwirtschaft ermöglicht werden, um Rohstoffe möglichst lange im Wirtschaftskreislauf zu halten.

› Handelsagenda stärken

Freihandelsabkommen sind ein probates Mittel, um die Wirtschaft anzukurbeln, das Produktangebot auszuweiten und Kosten zu senken. Es ist deshalb im Interesse der Europäischen Union, den Trends zu Deglobalisierung und zunehmendem Protektionismus entschlossen entgegenzutreten.

Als ersten Schritt dafür braucht es eine handlungsfähige Welthandelsorganisation, die das bestehende Handelsrecht wirksam durchsetzen und eine tiefere Integration der Weltwirtschaft vorantreiben kann. Europa

muss an der Spitze des Prozesses hin zu einer handlungsfähigen WTO stehen.

Ergänzend dazu muss die EU auch ihre eigenen Freihandelsabkommen voranbringen. So muss beispielsweise das beinahe fertig ausgehandelte MERCOSUR-Freihandelsabkommen mit Latein-Amerika endlich finalisiert werden. Auch das auf Eis gelegte Handels- und Investitionsabkommen mit den Vereinigten Staaten (TTIP) hat einen neuen Anlauf verdient.

› Wettbewerbsrecht modernisieren

Das europäische Wettbewerbsrecht muss endlich an die heutigen Herausforderungen angepasst werden. Dazu muss das Beihilferecht dergestalt angepasst werden, dass es gezielte staatliche Unterstützungsmaßnahmen in strategischen Zukunftsbranchen besser ermöglicht.

Auch im Bereich der Fusionskontrolle haben wir in den vergangenen Jah-

9

«Europa droht den technologischen Anschluss und damit seine Konkurrenzfähigkeit zu verlieren.»

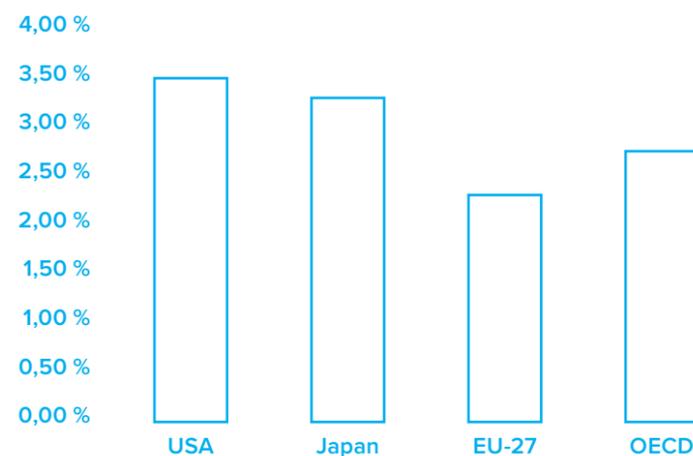
10

ren zu oft gesehen, dass europäische Wettbewerbsregeln strategisch relevanten Zusammenschlüssen, die zur Bildung von „European Champions“ geführt hätten, im Wege standen. Zu oft hat die Generaldirektion Wettbewerb der Europäischen Kommission bei ihrer Bewertung etwaiger Zusammenschlüsse eine zu enge Definition des relevanten Marktes gewählt und dabei insbesondere globale Entwicklungen ausgeblendet. Das hat in vielen Schlüsselindustrien verhindert, dass europäische Unternehmen entstehen, die in der Weltspitze mit ihren Konkurrenten aus Asien oder den Vereinigten Staaten mithalten können.

› Fachkräftemangel bekämpfen

Bereits heute leidet die Wirtschaft Europas unter dem Mangel an Fachkräften. Ein Problem, das sich im Hinblick auf die demographische Entwicklung nur zuspitzen wird. Um dem zu begegnen, muss die Teilnahme am Erwerbsleben – etwa

Forschungs- und Entwicklungsausgaben im Jahr 2020



□ Ausgaben gemessen am BIP

Quelle: OECD – Cross domestic spending on R&D 2000 - 2021.

durch die Schaffung von zusätzlichen Betreuungsangeboten für Kinder – attraktiver und einfacher werden. Des Weiteren sollte das bestehende Potenzial an Arbeitskräften durch duale Aus- und Weiterbildungen optimal genutzt werden. Darüber hinaus muss auch die Zuwanderung qualifizierter Fachkräfte gefördert werden. Hierfür müssen entsprechende Integrationsangebote geschaffen und die Anerkennung von Abschlüssen vereinfacht werden.

› Forschung und Entwicklung stärken

Vergleicht man die europäischen Ausgaben für Forschung und Entwicklung mit denen Japans oder der USA, stellt man fest, dass dort gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) bis zu 50 Prozent mehr in die Entwicklung von Zukunftstechnologien investiert wird als in der EU. So droht Europa den technologischen Anschluss und damit seine Konkurrenzfähigkeit zu verlieren. Vor allem im Bereich der anwendungsnahen Forschung sollten daher zum Beispiel durch steuerliche Vorteile dringend entsprechende Anreize geschaffen werden.

Sollte es die EU versäumen, angemessen und vorrausschauend auf die aktuellen Herausforderungen zu reagieren, könnten uns schon in absehbarer Zeit weit größere Probleme als eine hohe Inflation ins Haus stehen. Nicht jede Herausforderung kann mit neuen Schulden gemeistert werden, vor allem nicht, wenn Reformen und ein neuer Fokus vonnöten wären. Die entsprechenden Werkzeuge stehen bereit – nun ist es an der Zeit, sie auch zu nutzen. ■

Zur Person

- Markus Ferber, MdEP, arbeitete zunächst als Entwicklungs- und Vertriebsingenieur in den Bereichen Mikroelektronik und Umwelttechnik, bevor er 1994 als Vertreter von Schwaben ins Europaparlament gewählt wurde.
- Von 1999 bis 2014 war er Vorsitzender der CSU-Gruppe, seit 2013 Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand im Europaparlament, von 2014 bis 2018 erster stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Währung.
- Seit 2018 ist er Koordinator der EVP-Fraktion dieses Ausschusses im Europaparlament und war von 2000 bis 2021 Landesvorsitzender der Europa-Union Bayern. 2021 wurde er Ehrenvorsitzender.
- Seit 1. Januar 2020 ist Markus Ferber Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung.



Markus Ferber, MdEP

NACHHALTIGKEIT UND MARKT WIRTSCHAFT

Autor: Johannes Welsch
 Referatsleiter Neue Technologien und gesellschaftliche Transformation,
 Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

D

Nachhaltigkeit ist ein wichtiges Ziel. Der Weg dorthin führt nicht über Verbote und Überregulierung. Nachhaltigkeit lässt sich nur in Kombination von Politik und Markt erreichen.

Angesichts wachsender Herausforderungen, die im Zusammenhang mit den weltweiten klimatischen Veränderungen stehen, verfolgen regionale, nationale und internationale Politiken verstärkt das Ziel der Nachhaltigkeit. Sie ist seit einigen Jahrzehnten zum Fixstern der Wirtschafts- und Umweltpolitik geworden. Dies gilt auch für Deutschland, das laut dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz eine nachhaltigkeitsorientierte Wirtschaftspolitik anstrebt. Trotz der Einmütigkeit in den Zielen steht zur Debatte, wie das Ziel der Nachhaltigkeit in Wirtschaft und Staat erreicht werden kann.

Nachhaltigkeit: Was ist das eigentlich?

Unter Nachhaltigkeit wird gemeinhin das Handlungsprinzip bei der Nutzung von Ressourcen verstanden, das eine dauerhafte Bedürfnisbefriedigung gewährleisten soll, indem die natürliche Regenerationsfähigkeit der beteiligten Systeme bewahrt bleibt.

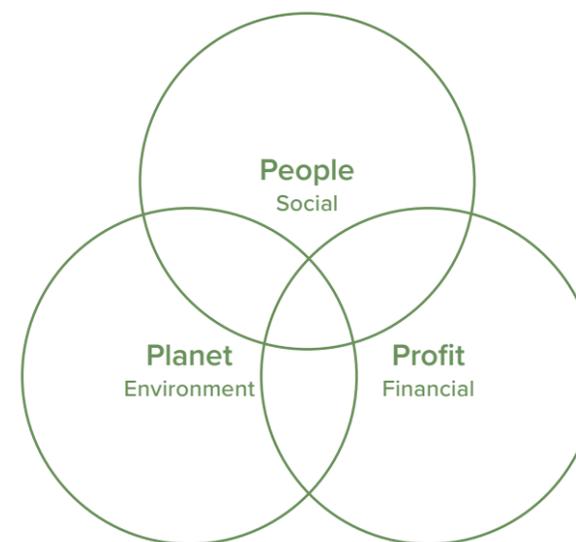
Dies wird durch das Drei-Säulen-Modell der Nachhaltigkeit abgebildet, das die Dimensionen der Ökologie, der Ökonomie und des Sozialen umfasst. Grundthese des Modells ist es, dass Nachhaltigkeit nur im Zusam-

menspiel dieser drei Handlungsfelder zu erreichen ist. Dabei werden diese Dimensionen durch drei Leitstrategien zum Erreichen von Nachhaltigkeit gespiegelt: erstens durch Suffizienz, also die Verringerung von Produktion und Konsum; zweitens durch Effizienz, das heißt die Steigerung des Outputs bei gleichem Input; und drittens durch Konsistenz, nämlich die Etablierung von Stoffkreisläufen, Wiederverwertung und Müllvermeidung.

Die Nachhaltigkeitsstrategie der aktuellen Wirtschafts- und Umweltpolitik greift so nicht

Umso mehr muss es verwundern, dass die derzeitige deutsche und auch europäische Wirtschafts- und Umweltpolitik Nachhaltigkeit vor allem durch Verbote und Überregulierung zu erreichen versucht. Der Versuch, Produktion und Konsum durch Verbote, zum Beispiel des Verbrennungsmotors oder von Gas- und Ölheizungen, zu verringern (Stichwort Suffizienz), ist kontraproduktiv. Die Überregulierung des wirtschaftlichen Handelns von Unternehmen ebenso wie des persönlichen Verhaltens von Bürgern offenbart eine wirtschafts- und umweltpolitische ideologische Einseitigkeit.

Der Staat, das haben schon die Väter der Sozialen Marktwirtschaft gezeigt, ist weder der bessere Unternehmer noch der bessere Konsument. Und es beweist: Die Gesellschaft und ihre verborgenen Mechanismen sind viel zu komplex, als dass der Staat sie paternalistisch und zentralistisch regulieren könnte. Die aktuelle Wirtschafts- und



Weitere Informationen zum Drei-Säulen-Modell: **BT-Drucksache 13/11200.**

Umweltpolitik der Bundesregierung erreicht kaum eines ihrer selbst gesteckten Ziele – im Gegenteil: Unternehmen wandern vermehrt ab und Bürger zeigen sich zunehmend überfordert.

Nachhaltigkeit gelingt in Kombination mit Marktwirtschaft

Der ebenso einfache wie komplexe Ansatz einer neuen Nachhaltigkeitsstrategie muss lauten: Mehr Marktwirtschaft wagen. Die Versuche, Nachhaltigkeit durch Verbote und Überregulierung zu erreichen, sind gescheitert. Versuchen wir es mit grundsätzlicher Technologieoffenheit und Wettbewerb bei gleichzeitiger Absicherung existenzieller Risiken – für Unternehmen wie Bürger. Die anreizbasierte

und kooperative Nachhaltigkeitspolitik Schwedens, wie sie in der Agenda 2030 konzipiert ist, kann hierfür ein Beispiel sein.

Im Wettbewerb der Unternehmen um die beste neue Technologie eröffnen sich vielleicht neue Möglichkeiten und Lösungsansätze. Im Wettbewerb der Unternehmen um Kunden ist schon heute klar: Ressourcenschonendes Verhalten ist nicht nur günstiger, sondern wird auch vom Kunden belohnt. Viele Unternehmen setzen bereits auf Kreislaufwirtschaft und Mehrfachnutzung von Ressourcen, schon allein aus betriebswirtschaftlicher Logik.

Verbote und Regulierung beschränken den Erfindergeist und die Innovationskraft der Akteure. Verbote bestimmter Technologien erzwingen eine Schein-Suffizienz, indem sie das Angebot künstlich verknappen und Konsumenten – private wie institutionelle – in wirtschaftliche Nöte stürzen (Stichwort soziale Nachhaltigkeit). Im Gegensatz dazu müssen neue Technologien so entwickelt und vorhandene so innoviert werden, dass sie langlebiger, umweltschonend und effizienter sind.

Der Staat kann das nicht allein. Eine wirklich inspirierte und inspirierende Zukunftspolitik muss die Verantwortung an Unternehmen und Bürger zurückgeben und mehr Wettbewerb um die besten Ideen und Technologien ermöglichen. ■



TIPPS ZUR SICHEREN GELDDANLAGE



Autorin: Sophia Hufnagel
Unternehmerin und Finanzberaterin, München

W

Wie sicher ist Ihr Ersparnes?

In Zeiten der Krise und der hohen Inflation ist es wichtiger denn je, dass Sie Ihr Vermögen langfristig schützen.

Wie sicher fühlen Sie sich bei Ihren Finanzen?

Gerade in turbulenten Zeiten gibt es Sicherheit, sich über die eigene finanzielle Situation Gedanken zu machen. Für die meisten Menschen bedeutet Sicherheit bei den Finanzen, möglichst viel Geld auf dem Girokonto zu er-

sparen. Legen Sie jedoch heute 10.000 Euro auf ein Girokonto, so sind das in zehn Jahren, nach Berücksichtigung der Inflation, nur noch 5.134 Euro. Es gilt also andere Maßnahmen zu ergreifen. Die Frage ist, was bedeutet finanzielle Sicherheit für Sie?

Bei vielen klassischen Anlageprodukten gibt es zwei große Probleme:

- **Sie zahlen zu hohe Gebühren.**
- **Sie haben eine geringe Rendite, welche die Inflation nicht ausgleicht.**

Um Ihre persönliche finanzielle Sicherheit zu erreichen, sollten Sie für sich definieren und festlegen, welches Vermögen Sie benötigen, um sich finanziell sicher zu fühlen. Wie fühlt es sich für Sie an, welche Emotion verbinden Sie damit und wie sehen konkret Ihre Finanzen aus? Dabei spielt auch Ihre aktuelle finanzielle Situation eine wichtige Rolle. Überlegen Sie, in welche Anlagen Sie investieren und ob diese für Sie die richtigen sind. Welcher Anlegertyp sind Sie? Inwieweit sind Sie bereit, Risiken in Kauf zu nehmen und Kursschwankungen auszuhalten?

Es ist ratsam, nur Geld anzulegen, das Sie auf lange Sicht nicht benötigen. Denn nur so können Sie sicherstellen, dass Sie im Falle unvorhergesehener Ausgaben nicht in Liquiditätsschwierigkeiten geraten!

Berücksichtigen Sie hierbei auch den Zinseszinsseffekt, das exponentielle Wachstum, das Sie bei langfristigen Investments haben. Schon Albert Einstein hat den Zinseszinsseffekt als wunderbare Kraft bezeichnet. Er soll einst gesagt haben: „Der Zinseszinsseffekt ist das achte Weltwunder. Wer ihn versteht, verdient daran, alle anderen bezahlen ihn!“

Ein weiterer wichtiger Punkt ist, dass Sie sich nur in Anlagen engagieren sollten, die Sie verstehen und in denen Sie ein gutes Gefühl haben. Deshalb sollten Sie sich intensiv mit den verschiedenen Anlageklassen auseinandersetzen und nur in diejenigen investieren, die für Sie passend sind.

Feststecken der finanziellen Ziele

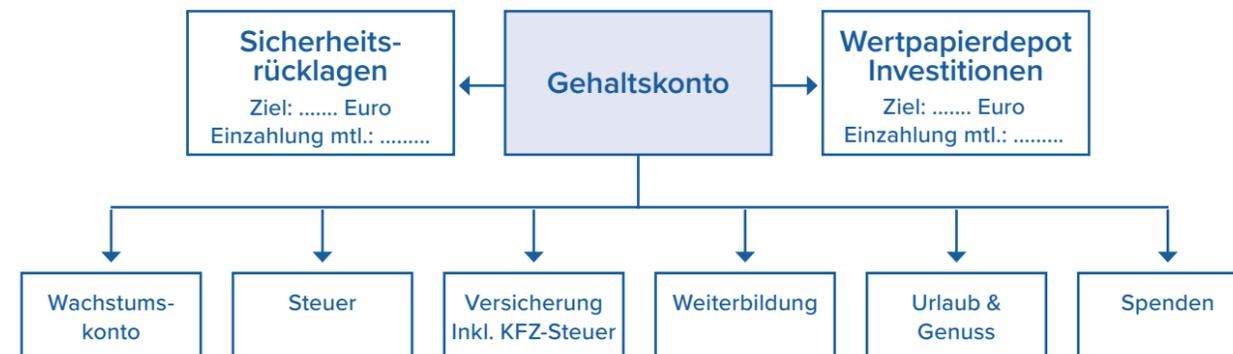
Ein weiterer wichtiger Faktor sind Ihre finanziellen Ziele. Machen Sie sich Schritt für Schritt klar, wie Sie diese erreichen können. Was sind Ihre großen finanziellen Ziele? Wie möchten Sie leben und wie darf Ihr Alltag aussehen, wenn alles möglich ist? Wie darf später Ihre Altersvorsorge aussehen, so dass Sie auch im Alter unbeschwert und frei leben können? Je konkreter Sie Ihre Ziele definieren, desto leichter werden Sie sie erreichen.

Angesichts der aktuell sehr hohen Inflation, die Ihr Guthaben Schritt für Schritt sinken lässt, sollten Sie Ihre finanziellen Möglichkeiten voll ausschöpfen: Gehaltserhöhungen, Mieterhöhungen oder die Reduzierung der Ausgaben sind nur einige Beispiele. Überprüfen Sie auch bisherige Investments wie Versicherungsverträge, Fonds oder Bausparverträge.

Ein erster Schritt zur finanziellen Sicherheit ist die Erstellung einer Vermögensaufstellung. Der zweite Schritt ist die Einnahmen-Ausgaben-Rechnung, gefolgt vom Aufbau eines Kontensystems. Schließlich sollten Sie sich auch Gedanken machen, wie Sie Ihr Geld investieren möchten. Hierbei ist es wichtig, die Anlageklassen zu verstehen und breit zu streuen, um bei möglichen Kursschwankungen gut aufgestellt zu sein.

Eine Immobilie kann auch ein wichtiger Hebel für die Altersvorsorge sein, da der Mieter schließlich die Immobilie mit abbezahlt. Hierbei sollten Sie auch den Vergleich zwischen Investment in Aktien und Immobilien ziehen. Für

Kontosystem nach Sophia Hufnagel



copyright: Sophia Hufnagel

eine Anlage gilt: Zuerst die Anlageklasse verstehen und dann investieren. Langfristiges Investment ist ratsam, und auch ein regelmäßiger Termin zur Überprüfung der Finanzen kann dabei helfen, Finanzroutinen aufzubauen.

Insgesamt gilt:
Planen Sie Ihre Finanzen sorgfältig und überprüfen Sie Ihre finanzielle Situation regelmäßig. Nur so können Sie langfristig Ihre finanzielle Sicherheit gewährleisten. Denn wie heißt es so schön:
„Failing to plan, is planning to fail.“

Weitere Informationen rund um das Thema „Sichere Geldanlage“ finden Sie unter:

sophiahufnagel.com

linkedin.com/in/sophiahufnagel

Podcast:



ENTSCHEIDUNGEN
MUTTIGE
 STATT
 KLEIN-KLEIN



Autor:

Dr. Thomas Geppert

Landesgeschäftsführer Bayerischer Hotel- und Gaststättenverband DEHOGA Bayern e.V., Bezirksvorsitzender der Mittelstands-Union (MU) Oberbayern und stellvertretender Landesvorsitzender der MU Bayern



In Zeiten multipler Krisen braucht es die richtigen Rahmenbedingungen. Kurzfristiges und entschlossenes Handeln sowie zukunftsfähige Konzepte und Innovationen schaffen ein Umfeld, um unsere einzigartigen Strukturen zu erhalten.

Ohne Frage: Selten war die Welt derart im Umbruch und die Verunsicherung im Mittelstand so groß wie in diesen Zeiten. Wir erleben ein noch nie dagewesenes Zusammentreffen schwerer Krisen:

- **Energieversorgungsengpässe,**
- **explodierende Strom- und Gaspreise und die Auswirkungen der Corona-Krise treffen auf**
- **Lieferkettenprobleme,**
- **den demographischen Wandel mit einem branchenübergreifenden Arbeitskräftemangel sowie**
- **den allgegenwärtigen Digitalisierungsdruck.**

Es lässt sich ohne Umschweife sagen: Wir befinden uns in einem andauernden Krisenmodus und der Druck auf unser aller Schultern lastet schwer.

Wir brauchen Krisenlösungen

Gerade deshalb gilt mehr denn je und adressiert an alle politischen Entscheidungsebenen: Wir brauchen einerseits kurzfristig mutige und pragmatische Krisenlösungen, um unsere mittelständischen Strukturen zu erhalten, und andererseits neue Konzepte und Innovationen, um die richtigen Weichenstellungen für eine gute Zukunft zu setzen. Auch wenn manch ein Entscheidungsträger in Berlin das – fälschlicherweise – annimmt, können Betriebe nicht einfach zu- und aufgemacht werden, wie es beliebt. Wenn ein Betrieb schließt, schließt er in der Regel für immer. Und wenn wir erst einmal unsere betrieblichen Strukturen verlieren, dann verlieren wir unseren Wohlstand und die

Gesichter unserer Städte und Dörfer: Handwerker, Bäcker, Metzger, Wirte, Landwirte und Industrie. Wir verlieren das, was uns ausmacht: den vielfältigen und kleinteiligen, meist familiengeführten Mittelstand.

Bezahlbare Energiekosten sind der wichtigste Standortfaktor, insbesondere für den industriellen Mittelstand. Aktuell ist aber die industrielle Produktion in akuter Gefahr – das Herzstück unserer Wertschöpfung. Es muss gehandelt werden, und zwar schnell und pragmatisch. Und diesbezüglich werden keine Wunder erwartet, die Betriebe wollen gar keine Rund-um-sorglos-Pakete. Es geht ihnen lediglich um vernünftige Rahmenbedingungen, innerhalb derer sie wirtschaftlich agieren können.

Betriebe wollen keine Subventionen und auch nicht vom Tropf des Staates leben. Sie wollen in die Lage versetzt werden, aus eigener Kraft ihr Geld und somit ihre Existenz zu erarbeiten. Und der Staat und die Politik müssen dafür die Rahmenbedingungen setzen und keine Zwangsjacken schneiden oder sie kaputtgängen. Wir brauchen mehr Freiraum für Leistung, Ideen, Mut und Arbeit. Das ist das, was zählt.

Deshalb gilt es mehr denn je die Ursachen der Kostenexplosionen zu bekämpfen als die Symptome, also

- **Energiesteuern auf das europarechtliche Minimum senken,**
- **die preistreibenden und -bestimmenden Gaskraftwerke aus dem Merit-Order-Prinzip zumindest kurzfristig herausnehmen und**
- **alle verfügbaren Energiequellen nutzen, um das Angebot zu erhöhen. Die Kernenergie gehört mit dazu.**

Wir müssen die Märkte beruhigen. In der Wirtschaft geht es ganz viel um psychologische Aspekte. Deshalb braucht man konsequente Entscheidungen und nicht komplizierte, wohlklingende Förderprogramme wie die Energiepreisbremsen, die mehr versprechen, als sie halten werden.

Deutschland hat immer ausgezeichnet, dass wir in Krisenzeiten die Ärmel hochgekrempt haben. Deswegen müssen wir jetzt die Leistungsträger entlasten statt belasten und Anreize zum Arbeiten setzen. Mehr Netto vom Brutto statt Bürgergeld und soziale Hängematte.

«Mehr Netto vom Brutto statt Bürgergeld und soziale Hängematte.»

Weniger Scheindebatten über die richtige Farbe für Fahrradstreifen oder eine Neuerung des Namensrechts. Mehr Konzentration auf tatsächliche Herausforderungen. Wie gehen wir mit den Folgen des demographischen Wandels um? Welche Chancen bietet uns die Digitalisierung? Wie stellen wir eine bezahlbare Energieversorgung sicher? Die Kernfrage aber lautet: Wie kann ich die Leistungsträger unseres Landes unterstützen und fördern? Und da zähle ich jeden, der tagtäglich aufsteht und seinen Beitrag leistet, explizit dazu.

Was müssen wir tun?

Im europäischen Vergleich haben wir mit die höchsten Arbeitskosten des Arbeitgebers und gleichzeitig die niedrigsten Nettoeinkommen des Arbeitnehmers.

- **Wir müssen die Einkommensteuer senken und**
- **Freibeträge erhöhen, um die Kaufkraft zu steigern und die Menschen zu befähigen, anfallende Mehrkosten zu tragen.**
- **Wir müssen echte Anreize zum Arbeiten schaffen. Menschen müssen von ihrer Arbeit leben können. Menschen müssen sich mit ihrer Leistung etwas auf-**

«Wir brauchen Arbeitskräfte. Aktuell ist oftmals Nachfrage da, aber niemand, der sie bewältigen kann.»

bauen können: ein Eigenheim, eine Familie, einen sicheren Ruhestand. Wir haben jedes Recht dazu, selbstverantwortlich sein zu dürfen.

- **Wir haben das Recht, wirtschaftlich erfolgreich sein zu dürfen. Das muss der Staat fördern und nicht Anreize schaffen, nicht zu arbeiten und andere dafür zahlen zu lassen.**

Was brauchen wir?

Wir brauchen Arbeitskräfte. Aktuell ist oftmals Nachfrage da, aber niemand, der sie bewältigen kann. Hierdurch schaffen wir eine zusätzliche Krise, die wir in unserem Land selbst verursachen. Es ist ein Segen, dass die Wirtschaft (noch) läuft. Krieg und Corona können wir nicht beeinflussen. Aber über Jahre nicht in der Lage zu sein, mit den passenden Rahmenbedingungen die notwendigen Mitarbeiter für unsere Wirtschaft bereitzustellen, können wir beeinflussen. Das Thema ist nicht neu – es hat sich nur massiv verschärft: Aus einem Fachkräftemangel in bestimmten Bereichen wurde ein branchenübergreifender Mitarbeitermangel.

«Wir müssen einen klugen und pragmatischen Zuzug aus Drittländern ermöglichen.»

Zur Wahrheit gehört, dass die demographische Schere immer größer wird. Immer mehr gehen in den wohlverdienten Ruhestand, immer weniger Schulabgänger rücken in die Arbeitswelt nach. Jeder weiß: Wir werden den Bedarf an Arbeitskräften innerdeutsch nicht mehr decken

können. Wir müssen einen klugen und pragmatischen Zuzug aus Drittländern, vor allem aus den Westbalkanländern, ermöglichen. Zudem brauchen wir endlich die Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes weg von der täglichen Höchstarbeitszeit hin zu einer Wochenarbeitszeit, um insbesondere für die nicht-homeofficefähigen Berufe eine attraktive Alternative zu bieten. Genauso müssen wir Lösungen für mehr bezahlbaren Mitarbeiterwohnraum finden. Hier müssen wir praktikable Lösungen schaffen und auch neue Wege gehen, beispielsweise durch die Überbauung von Parkplätzen oder einer mutigen Nachverdichtung.

«Ich bin der festen Überzeugung: Unsere Herausforderungen können wir meistern, wir brauchen mutige Entscheidungen statt ideologisches Klein-Klein.»

«**BAYERN PLANT FÜR DIE ZUKUNFT!**»

Wir befragten den Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder zu den Themen „Wirtschaft und Finanzen“

In unserem exklusiven Interview stellt sich Markus Söder unseren Fragen zum Fachkräftemangel, zur Digitalisierung, Energieversorgung und Erbschaftssteuer. Der Ministerpräsident erklärt, wie er Bayern in die Zukunft führen will, und inwiefern der Freistaat „traditionell und trendy, sozial und sicher“ ist.

politicus: Herr Ministerpräsident, am 15. April wurde Isar II abgeschaltet und somit ist Deutschland offiziell aus der Atomenergie ausgestiegen. Wie werden Sie langfristig die Energiesicherheit in Bayern zu einem bezahlbaren Preis gewährleisten?

Dr. Markus Söder: Der Ausstieg aus der Kernenergie ist ein schwerer und nachhaltiger Fehler für die Energieversorgung in Deutschland. Es ist auch moralisch fragwürdig, Kernenergie aus anderen Ländern der Welt zu beziehen oder sie wie die Grünen in Kriegsgebieten wie der Ukraine für gut vertretbar zu halten – und in Deutschland gleichzeitig aus sicheren Kernkraftwerken auszuweisen. Der beschlossene Ausstieg stellt Deutschland vor die dauerhaft schwierige Herausforderung, eine

grundlastfähige Energieversorgung zu gewährleisten. Bayern baut die erneuerbaren Energien aus wie kein zweites Bundesland. Wir liegen nicht nur bei der Dynamik, sondern auch bei Photovoltaik, Wasserkraft, Geothermie und Biomasse bundesweit vorne. Und beim Wind holen wir deutlich auf. Unsere Bilanzen bei den Erneuerbaren können sich sehen lassen. Dies allein wird aber nicht reichen, die Grundlastfähigkeit herzustellen.

Deswegen braucht es zweierlei: erstens Gaskraftwerke. Hier muss der Bund klarstellen, dass er Bayern nicht benachteiligt. Nordrhein-Westfalen hat eine Zusage, statt Kohle Gas zu erhalten. Bayern hat bis jetzt keine Zusage, statt Kernkraft ein Gaskraftwerk zu bekommen. Und

zweitens: Wasserstoffnetze. Die Wasserstoffnetze dürfen nicht nur vom Norden aus geplant werden, sondern müssen auch vom Süden angeschlossen werden – also auch aus Italien und Kroatien statt nur Norwegen. Bayern ist dabei bereits selbst tätig, bislang hält uns der Bund aber leider noch auf Distanz.

Bleiben wir beim Thema Energie. Die aktuelle Energiepreisentwicklung belastet den Mittelstand. Bayern ist ein Land der Mittelständler. Aufgrund der Kostensteigerung wird von einer drohenden Deindustrialisierung gesprochen. Die Gefahr ist eine Abwanderung von energieintensiver Industrie. Wie schätzen Sie die akute Lage ein und welche Maßnahmen setzen Sie dagegen beziehungsweise können hier entgegenwirken?

Dr. Markus Söder, Bayerischer Ministerpräsident

Diese schleichende Deindustrialisierung ist in der Tat eine große Gefahr: zum einen, weil es mit dem Wegfall der Kernenergie keine stabile grundlastfähige Energieversorgung gibt. Ein möglicher Ersatz durch Kohle ist ökologisch nicht sinnvoll. Zum anderen drohen uns in der Krise zusätzliche Energieverluste und Minuswachstum, wenn die Ampel weiter derart ideologisch agiert. Beides kann die Wirtschaft massiv überfordern. Hinzu kommt die enorme Belastung für privates Eigentum, zum Beispiel Sanierungszwänge beim Einbau von Heizungen. All das ist strategisch wenig durchdacht. Deshalb braucht es zum Wohle unseres Wirtschaftsstandortes eine grundlegende Umkehr der Energiepolitik. Neben der zeitlich begrenzten Nutzung der Kernenergie und dem

«Leider werden die Grünen für unsere Wirtschaft immer mehr zum Standortrisiko.»

Bau neuer Gaskraftwerke benötigen wir dringend eine sofortige Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß und einen wettbewerbsfähigen Strompreis für Industrie, Mittelstand und Handwerk.

Die Herausforderungen für den Mittelstand und die Unternehmen sind enorm. Ein zentraler Punkt ist hierbei der Fachkräftemangel, denn er hemmt die wirtschaftliche Entwicklung. Hinzu kommen Lohnkosten, Lieferketten, Materialengpässe und Steuern, die belastend wirken. Was sind Ihre zentralen Ansatzpunkte für eine wirtschaftsfreundliche und unternehmensunterstützende Mittelstandspolitik?

Leider werden die Grünen für unsere Wirtschaft immer mehr zum Standortrisiko. Die Versorgung mit sicherer und bezahlbarer Energie ist elementar. Und zur Sicherung von Fachkräften bedarf es einer vernünftigen und ideologiefreien Zuwanderungspolitik. Wir in Bayern sagen „Ja“ zur Arbeitsmigration, aber „Nein“ zu

Die Erbschaftssteuer stellt eine enorme Belastung für Familienbetriebe und Unternehmen dar, aber auch für Privatpersonen, die ein Haus oder eine Wohnung vererbt bekommen. Wie gerecht ist Ihrer Meinung nach die Erbschaftssteuer?

Die Erbschaftssteuer ist in dreierlei Weise unfair: Sie ist eine Steuer auf bereits versteuertes Geld – also eine echte Doppelsteuer. Zweitens belastet sie Familienbetriebe, die ihr Unternehmen an die nächste Generation weitergeben wollen, teilweise bis an die Existenzgrenze. Und drittens droht ein Ausverkauf der Heimat, den wir unbedingt verhindern wollen. Eine Gartenlaube am Tegernsee kostet inzwischen ja fast so viel wie manche Villa in Greifswald. Denn die Erbschaftsteuer richtet sich nach den Bodenpreisen, die bei uns deutlich höher sind, weil Bayern attraktiv ist. Gleichzeitig sind die Freibeträge seit Jahren nicht gestiegen und überall in Deutschland gleich. Das bedeutet, dass man in Bayern deutlich mehr Steuern zahlt als in anderen Bundesländern. So mancher muss deshalb sogar sein Elternhaus verkaufen, um die Erbschaftssteuer bezahlen zu können. Mit dem Ergebnis, dass Spekulanten aus aller Welt wertvolle bayerische Heimat aufkaufen. Das ist unfair, deshalb klagen wir vor dem Verfassungsgericht. Dass sich ausgerechnet die FDP maßgeblich an dieser faktischen Steuererhöhung beteiligt, hätten wir nicht für möglich gehalten.

Lassen Sie uns über „Digitales und Technik“ sprechen. Die CSU hat sich das Motto „Hightech und Heimat“ gegeben. Technologische Entwicklung ist für die wirtschaftliche Entwicklung zentral, heute mehr denn je. Wie sichert Bayern mittel- und langfristig im Bereich Digitalisierung und Technologie die entsprechenden Rahmenbedingungen für Unternehmen, Hochschulen und Wissenschaft? Wie kann Bayern

in technologischer Hinsicht in der Champions League bleiben?

Wir haben mit unserer Hightech Agenda die größte Forschungs-offensive gestartet, die Bayern je hatte. Zunächst mit 3,5 Milliarden Euro für 1.000 Professuren, von denen in kurzer Zeit schon fast 60 Prozent berufen sind. Für 13.000 neue Studienplätze in den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik, Anmerkung der Redaktion). Und für

«Wir sind der Nukleus für Technologie und Forschung.»

die großen Spitzenforschungsinstitute von Max Planck, Fraunhofer, Leibniz bis Helmholtz. Bis 2027 werden wir weitere zwei Milliarden Euro investieren, insgesamt also über fünf Milliarden Euro. Damit entwickeln wir die größte KI-Initiative, die es je in Deutschland gegeben hat. Wir investieren mehr in KI als Italien oder Spanien. Wir sind bei Supercomputer und Quantencomputer auf dem Level von Südkorea, einem echten Technologiegiganten. Darüber hinaus haben wir beim Thema Luft- und Raumfahrt die größte Fakultät in Europa gegründet. Etwa 50 Prozent der Aufträge der ESA – der europäischen NASA – gehen nach Bayern. Das zeigt: Wir sind der Nukleus für Technologie und Forschung. Unsere Universitäten sind weltweit Spitze. Deshalb kommen auch global führende Technologiekonzerne wie Apple und Google gerne nach Bayern.

illegaler Zuwanderung. Arbeitsmigration heißt, dass wir am West-Balkan selbst Büros eröffnen, weil das Auswärtige Amt leider nicht in der Lage ist, in deutschen Botschaften zeitnah Visa zu bearbeiten. Daher werden wir als Freistaat gemeinsam mit unserer bayerischen Wirtschaft selbst tätig und werben in Tirana, Belgrad und Sarajewo Fachkräfte an. Zudem brauchen wir dringend beschleunigte Fast-Lane-Verfahren, um die Zuwanderung so zu steuern, dass arbeitswillige Menschen zu uns kommen können. Auch Asylbewerber, die einen Arbeitsvertrag vorweisen können, sollen weiter ihrer Arbeit nachgehen dürfen. Klar ist allerdings: Illegale Straftäter müssen konsequent abgeschoben werden.

Grundsätzlich braucht unser Mittelstand weniger Vorschriften und mehr Freiheiten. Mit unserem Bürokratiebeauftragten und unserem Normenkontrollrat kämpfen wir in Bayern aktiv gegen ein Ausufernd der Bürokratie. Aber viele Vorgaben kommen nun mal aus Europa und dem Bund. Ein wirtschaftspolitischer Baustein, den es nur in Bayern gibt, ist unsere Hightech Agenda. Wir investieren mehr als fünf Milliarden Euro in Wissenschaft und Forschung, daraus entstehen wiederum Arbeitsplätze und Wohlstand. Außerdem fördern wir wie kein anderes Land unser Handwerk: Die kostenfreie Ausbildung zum Meister gibt es nur in Bayern.

Dass sich so viele Start-ups bei uns ansiedeln, liegt daran, dass wir ein kreatives Cluster schaffen – ein einzigartiges Ökosystem für Forschung und Entwicklung. Und, ganz wichtig: Wir vernetzen damit das ganze Land. Alle Universitäten und Technischen Hochschulen in Bayern werden ausgebaut und verbunden – und durch ein dichtes Netz an Technologietransferzentren wird dieses hohe wissenschaftliche Forschungslevel in die ländlichen Räume übertragen.



Ministerpräsident Dr. Markus Söder: „Wir schaffen ein kreatives Cluster – ein einzigartiges Ökosystem für Forschung und Entwicklung.“

Die Wohnungspreise in München sind immens. Die aktuelle Inflation und die Wohnungspreise setzen vielen Menschen zu und machen Familien, aber auch Alleinstehenden und Alleinerziehenden schwer zu schaffen. Viele Polizeibeamte müssen sich in München noch einen Zweitjob suchen, wenn sie hier leben wollen. Welche Konzepte gibt es, um den Menschen auch in Bayern zu ermöglichen, dass sie von einem Gehalt leben können? Damit sind wir beim „S“ im Parteienamen.

Gegen diese spezielle Situation in München steuern wir unterschiedlich an. Wir zahlen nicht nur den Polizeibeamten ein höheres Gehalt, sondern treiben auch den Wohnungsbau voran, gerade auch für

unsere Staatsbediensteten. Das bedeutet im staatlichen Wohnungsbau erhebliche Ersparnisse bei der Miete. Von 10.000 zugesagten Wohnungen sind bereits mehrere Tausend auf den Weg gebracht, es geht also deutlich voran. Das Grundproblem ist: Wir brauchen Wohnungen, aber kaum einer will, dass gebaut wird. Man darf nicht hoch bauen, man darf nicht nah bauen, man darf nicht Fläche verbrauchen. All das führt dazu, dass der Prozess schwieriger wird. Man sieht das am Bund, der seine Wohnungsbauziele krachend verfehlt. Wir brauchen deshalb von allen Beteiligten eine Vorfahrt für den Wohnungsbau – neben dem Mietwohnungsbau auch für das Eigenheim. Daher hat der Freistaat Bayern seine Förderprogramme bereits auf-





Gerne stellte sich Ministerpräsident Dr. Markus Söder den Fragen von Barbara Fürbeth, Leiterin des Referats „Publikationen“ (HSS), und Konrad Teichert, Leiter des Referats Wirtschaft, Finanzen, Arbeit und Soziales im Institut für Politische Bildung (IPB) der Hanns-Seidel-Stiftung.

26 gestockt und gibt Sonderdarlehen an alle weiter, die ein Haus bauen oder eine Immobilie erwerben. Vom Bund kommt da leider zu wenig, es bräuhete Investitionsanreize und eine Zulage für das Eigenheim.

Vielen Menschen macht natürlich die hohe Inflation zu schaffen, gerade bei den Lebensmitteln explodieren die Preise. Deshalb plädieren wir für eine weitere Senkung der Mehrwertsteuer. Aber nicht nur für Gemüse, sondern auch für Fleisch, Fisch und Milchprodukte.

Die Ampelregierung in Berlin beschließt in Bezug auf Gas- und Ölheizungen kostenintensive Maßnahmen. Klimaschutz kostet Geld, aber kann man das dem Bürger in diesem Ausmaß zumuten?

Das Heizungsgesetz ist leider ein weiteres Beispiel für missglückte Vorgaben aus dem Ministerium von Robert Habeck. In seiner Ursprungsplanung fehlt es an allem: an Wärme-

pumpen, die dafür plötzlich nötig wären. An Handwerkern, die sie einbauen könnten. An Strom, um die Umstellung von Gas und Öl zu schaffen. Dieses Gesetz, wie die Grünen es vorgelegt haben, ist ein Sammelsurium der Absurditäten. 80-Jährige sollten ausgeschlossen werden von diesem Heizungsaustausch, 79-Jährige nicht. Was das für ein Mehrfamilienhaus bedeutet, in dem ein 80-Jähriger wohnt, wäre völlig unklar: Wäre er dann auf einmal doch betroffen? Oder das ganze Haus nicht? Allein dieses Beispiel zeigt, wie konfus das Ganze ist. Natürlich müssen wir den Klimaschutz schnell voranbringen. Aber es wird nicht gelingen, indem wir die Menschen vor den Kopf stoßen. Experten rechnen mit Kosten im sechsstelligen Bereich für eine neue Wärmepumpe inklusive Haussanierung. Entweder die Bürgerinnen und Bürger gehen daran pleite – oder der Staat. Klimaschutz funktioniert nur, wenn wir die Menschen mitnehmen anstatt sie zu überfordern. Alles andere ist kontraproduktiv.

Was macht die CSU, was macht der Freistaat dagegen?

Das sind Bundesentscheidungen. Und leider agiert die Ampel sehr abgehoben und zentralistisch. Selbst SPD-regierte Bundesländer beklagen sich über diesen Stil. Wir legen als Freistaat immer wieder den Finger in die Wunde, um Verbesserungen zu erwirken. Und wir versuchen mit eigenen Mitteln gegenzusteuern, wo es uns möglich ist. Zum Beispiel mit Sonderkonditionen beim Wohnungsbau, mit höheren Löhnen für staatlich Beschäftigte und mit finanziellen Leistungen, die kein anderes Bundesland bietet. Unser Familiengeld zum Beispiel gibt es nirgendwo sonst. Es bringt einer Familie mit drei Kindern in den ersten drei Jahren fast 20.000 Euro an Unterstützung vom Staat. Zusätzlich zahlen wir ein Landespflegegeld von jährlich 1.000 Euro an Pflegebedürftige aus. Gerade in Krisenzeiten und bei dieser hohen Inflation hoffen wir, dass die Beträge manche Sorgen lindern.

Zur Person

1967

- geboren 1967

Parteiämter

- 1995 - 2003 Landesvorsitzender der Jungen Union Bayern, Mitglied im CSU-Präsidium
- 1997 - 2011 Kreisvorsitzender der CSU Nürnberg-West
- 2000 - 2011 Vorsitzender der CSU-Medienkommission
- 2003 - 2007 CSU-Generalsekretär
- 2008 - 2018 Vorsitzender des CSU-Bezirksverbands Nürnberg-Fürth-Schwabach
- seit 19. Januar 2019 Vorsitzender der Christlich-Sozialen Union in Bayern e.V.

Politische Mandate

- Oktober 2007 bis Oktober 2008 Staatsminister für Bundes- und Europaangelegenheiten in der Bayerischen Staatskanzlei
- Oktober 2008 bis Oktober 2011 Bayerischer Staatsminister für Umwelt und Gesundheit
- November 2011 bis Oktober 2013 Bayerischer Staatsminister der Finanzen
- Oktober 2013 bis März 2018 Bayerischer Staatsminister der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat
- seit 16. März 2018 Bayerischer Ministerpräsident

Wo sehen Sie zentrale Herausforderungen für die zukünftige wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Bayerns, und wo steht Bayern in zehn Jahren?

Wir haben die bisherigen Krisen gut überstanden, Corona besser als je gedacht. Wir werden auch die jetzige Krise überstehen, weil wir dank unserer fleißigen Menschen in Bayern eine große Substanz erwirtschaftet haben und enorm in die Zukunft investieren. Deshalb wird Bayern auch der wirtschaftliche Motor in Deutschland bleiben. Wir sind traditionell und trendy, sozial und sicher – der gesellschaftliche Zusammenhalt ist die große Klammer unseres Landes. Wir wollen aber, dass Deutschland insgesamt stark ist. Dafür braucht es Transformation und nicht Transfer. Wir in Bayern haben unseren Plan für die Zukunft. Und wir werden ihn mit Mut, Entschlossenheit und Optimismus umsetzen.

Und wie stehen wir in zehn Jahren da?

Hoffentlich noch besser als heute. Dafür werden wir hart arbeiten.

Herzlichen Dank für das Gespräch.

Ich danke Ihnen. —

2023



Sehen Sie hier das Video-Statement des Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder zum Masterplan für die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung Bayerns.



KROATIEN

NEUES MITGLIED IM EURO-LAND



28



Autorin: Franziska Heuck

Referentin für Wirtschaft und Finanzen in der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung

S

Seit 1. Januar 2023 gilt nun auch in Kroatien der Euro als Zahlungsmittel. 20 Jahre nach dessen Einführung wird der Balkanstaat als zwanzigstes Mitglied in die Währungsunion aufgenommen.

Kroatiens Wirtschaftskraft

Damit erhält Kroatien auch ein Stimmrecht im Rat der Europäischen Zentralbank (EZB). Doch wie ist es um die Wirtschaftskraft des Euro-Neuzugangs bestellt? Zunächst ein Blick zurück: Vor mittlerweile zehn Jahren wurde Kroatien Mitglied der Europäischen Union (EU). Das Land befand sich aufgrund der damaligen Finanzkrise immer noch in der Rezession, die Arbeitslosenquote lag bei 17,3 Prozent. Doch seit 2015 ist das Land wirtschaftlich auf Stabilitätskurs. Im Konvergenzbericht 2022 wurde schließlich attestiert, dass Kroatien die Kriterien für einen Beitritt zum Währungsraum erfüllt.

Durch die Erfüllung der Konvergenzkriterien wird gewährleistet, dass ein Mitgliedsstaat bereit ist, den Euro einzuführen, und dass durch seinen Beitritt zum Euro-Raum keine wirtschaftlichen Risiken für den Mitgliedsstaat selbst oder den Euro-Raum insgesamt entstehen. Das Beitrittsland muss eine Preisstabilität vorweisen, gesunde und auf Dauer tragfähige öffentliche Finanzen haben sowie eine Wechselkursstabilität und langfristige Zinssätze gewährleisten.

29

	Kroatien	Deutschland
BIP 2022	58,3 Milliarden Euro	3,87 Billionen Euro
Inflationsrate 02/2023	11,7 Prozent	8,7 Prozent
Einwohner	4 Millionen	84,3 Millionen
Arbeitslosenquote	6,7 Prozent	5,7 Prozent
Monatlicher Durchschnittslohn (Brutto)	1.380 Euro	4.100 Euro
Schuldenquote (Stand 2021)	78,4 Prozent	68,6 Prozent
Außenhandelsbilanz (2021)	-11,9 Milliarden US\$	175,3 Milliarden Euro

copyright: Franziska Heuck

Wie aber sieht es nun mit den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des Landes aus?

Die Wirtschaftskraft eines Landes lässt sich grundsätzlich anhand verschiedener Parameter bestimmen. Ein wichtiger Indikator ist das Bruttoinlandsprodukt (BIP). Für Kroatien lag es im Jahr 2022 bei 58,3 Milliarden Euro – damit ist das Land in Europa als wirtschaftliches „Leichtgewicht“ einzuordnen. Zum Vergleich: Das BIP Deutschlands betrug 2022 rund 3,9 Billionen Euro, das BIP Frankreichs im selben Jahr 2,5 Billionen Euro. Die Prognosen für das BIP Kroatiens verzeichnen jedoch einen starken Anstieg bis zum Jahr 2027 (Quelle: Statista). Dabei macht der Dienstleistungssektor mit Fokus Tourismus rund 58,9 Prozent den größten Anteil aus, gefolgt von der Industrie mit 20,6 Prozent und der Landwirtschaft mit 3,1 Prozent.

Auch die Staatsverschuldung ist für die wirtschaftliche Stabilität von entscheidender Bedeutung. Mit Ausnahme der Corona-Jahre 2020/2021 nimmt diese seit 2015 in Kroatien kontinuierlich ab und lag 2022 bei 72,6 Prozent. Damit liegt der Küstenstaat unter dem EU-Durchschnitt von 87,9 Prozent. Allerdings muss auch festgehalten werden, dass Kroatien in den vergangenen zehn Jahren kontinuierlich ein negatives Handelsbilanzdefizit vorzuweisen hat (2021 waren es 11,7 Milliarden US-Dollar), da es mehr Güter importiert als exportiert.

Für die Wirtschaftskraft des Landes wird in Zukunft die stetig sinkende Geburtenrate herausfordernd werden (derzeit liegt die Geburtenrate bei 1,48). Dieser Umstand verschärft sich seit Dekaden noch durch die Tatsache, dass vor allem viele junge Menschen ihre Heimat verlassen, um in Westeuropa zu leben. Die Folge: Kroatiens Bevölkerung schrumpft täglich um 40 Einwohner – bis zum Jahr 2050 wird ein Bevölkerungsrückgang auf 3,3 Millionen Einwohner prognostiziert. Die Abnahme der Erwerbstätigen bedeutet eine erhöhte wirtschaftliche Belastung des Staatshaushaltes in den Bereichen der Renten-, Sozial- und Krankenversicherung und -versorgung älterer Menschen. Auf Initiative Kroatiens wurde das Thema der demographischen Wiederbelebung daher in das strategische Programm der Europäischen Union bis 2024 aufgenommen.

Fazit

Kroatien ist wirtschaftlich zwar kein Schwergewicht, aber stabil und wird durch den Beitritt in die Währungsgemeinschaft noch mehr an Bedeutung gewinnen. Als Mitglied der Eurozone wird es erhebliche Erleichterungen für den Tourismus geben und die Wirtschaftssektoren Kroatiens werden mit den anderen Euroländern leichter kooperieren können. Entwicklungsbedarf gibt es beim Lohnniveau, um vor allem auch die junge Generation im Land zu halten, sowie bei der Ansiedelung von Zukunftsbranchen, um das Wachstum des BIP anzukurbeln. —

WAS TUN MIT CHATGPT?

Autorin:

Franziska Heuck ist Politikwissenschaftlerin und war in verschiedenen Public Affairs Agenturen tätig. Seit Januar ist sie Referentin für Wirtschaft und Finanzen in der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München.

E

Ende 2022 startete das Softwareunternehmen OpenAI mit ChatGPT einen Wettlauf im Bereich der Künstlichen Intelligenz. Seither traten zahlreiche weitere Player auf die Bühne.

Microsoft integrierte einen Chatbot in seine Suchmaschine Bing, Google tat dies mit Bard. Andere Neulinge heißen neevaAI, Jasper Chat oder YouChat. Google arbeitet mit Lamda AI an einem Bot, der sich emotional zu Gesprächen äußert. Das Heidelberger Unternehmen Aleph Alpha hat mit Luminous einen Bot entwickelt, der Quellenangaben macht und damit dem Vorwurf der Intransparenz entgegenwirkt.

Während die einen vor den Gefahren des Missbrauchs und der Technologischen Singularität warnen, sehen andere in der KI den Weg zu einer effizienteren Arbeitswelt. Bill Gates hofft gar, mit dieser KI die Ungerechtigkeit in der Welt lindern zu können.

ChatGPT Programme bringen für verschieden Branchen Vorteile, weisen aber auch Grenzen auf: Im Journalismus sind durch KI große Datenmengen schneller verarbeitet. Eilmeldungen hingegen bleiben Handwerk, da die Aktualität der Datenbasis, mit denen die Bots trainiert wurden, limitiert ist. In der Buchhaltung kann ChatGPT beispielsweise durch die Analyse von Zahlen und die Er-

stellung von Finanzberichten unterstützen. Der Bildungssektor steht vor besonderen Herausforderungen, da sich technisch generierte Arbeiten nicht mehr dem Verfasser zuschreiben lassen. Das disruptive Potential der Technologie erfordert vor allem in diesem Sektor eine schnelle Antwort.

Für Berufsbranchen, in denen genuin menschliche Fähigkeiten gefragt sind, wird die KI von Bots begrenzt Hilfe leisten können. Hierzu zählen beispielsweise die Pflege, Erziehung, Bildung und Medizin.

Was ist jetzt zu tun?

Angesichts der rasanten Entwicklungen wäre es fatal, in Schockstarre zu verfallen. Für die Politik und KI-Konzerne gilt es nun, gemeinsame Regeln und Grenzen durch eine entsprechende Gesetzgebung festzulegen. —

Klicken Sie auch in unser Themenportal „Digitale Welt“. Dort finden Sie weitere interessante Informationen rund um das Thema „Künstliche Intelligenz“.
www.hss.de/digitale-welt/



WO BITTE GEHT'S



32

ZUR NÄCHSTEN BANKFILIALE?

Autorin: Hannah Staus

Altstipendiatin der Hanns-Seidel-Stiftung,
Bachelorabschluss in Medienmanagement an der
Technischen Hochschule Würzburg-Schweinfurt

L

Immer mehr Bankfilialen schließen, ob auf dem Land oder in der Stadt. So fehlen zusehends nicht nur der unmittelbare persönliche Kontakt und die Beratung, sondern auch die Wege zur nächsten noch bestehenden Filiale werden deutlich weiter. Eine Situation, die nicht nur Rentner vor neue Herausforderungen stellt.

„Oh, schon verkehrt. Jetzt müssen wir das ganze nochmal machen.“ Juliane Kaiser sitzt auf ihrem weiß-blau gestreiften Stuhl im Wohnzimmer am Esstisch und legt den Hörer auf. Die 88-jährige Pensionärin aus der Nähe von Würzburg hat eine braune Dauerwelle und trägt ein schwarzes Langarmshirt. Vor ihr liegen Überweisungsträger, die Zeitung von gestern und ihr Smartphone. Seit fünf Minuten versucht sie bereits, mit dem dunkelblauen Kabeltelefon schräg neben ihr der Computer-Stimme am anderen Ende der Leitung verständ-

lich zu machen, dass sie gerne eine Überweisung tätigen würde. Obwohl sie neben dem Smartphone auch ein kabelloses Haustelefon besitzt, benutzt sie für das Telefon-Banking immer ihr Kabeltelefon. Das sei sicherer.

Juliane Kaiser schiebt sich die Brille auf der Nase zurecht und versucht es erneut. Die Telefon-Banking-Nummer ist schon auf der Kurzwahltaste. Es kommt ein Werbeblock für Online-Banking, dann möchte die Computer-Stimme am Ende der Leitung, dass sie ihre Kontonummer eingibt. Soweit funktioniert es. Doch plötzlich heißt es vom anderen Ende der Leitung: „Möchten Sie hier wirklich den Anruf beenden?“ Die Pensionärin ist verwirrt, sagt gar nichts. Der Anruf geht weiter. Sie kommt bis zu der Frage: „Was möchten Sie tun?“ Doch auf die Anfrage „Mitarbeiter bitte“ kommt nur die Ansage: „Bitte beachten Sie, dass Sie Ihre Dienstleistungen aus-

schließlich im Sprachdialogsystem aufgeben können. Gerne können Sie auch das HVB-Online-Banking nutzen.“

Online-Banking hat Juliane Kaiser jedoch nicht. Obwohl sie ein Smartphone hat, auf WhatsApp chattet und auch sonst nicht von der Zeit abgehängt wurde, vertraut sie dem Online-Banking nicht. Das war auch bis vor ein, zwei Jahren nicht nötig, meint sie. Seit 1969 ist sie schon bei der HypoVereinsbank. Bis 2014 konnte sie immer noch persönlich zu ihrer Bankfiliale in dem Würzburger Stadtteil Zellerau fahren. Direkt gegenüber waren genug kostenfreie Parkplätze, so musste die Seniorin nie weit laufen. Doch dann wurde die Filiale geschlossen. Zuständig für sie war nun die Filiale in der Eichhornstraße, mitten in der Innenstadt. Natürlich ohne kostenfreie Parkplätze in der Nähe, da sich die Bank mitten in der Fußgängerzone befindet.

33



Juliane Kaiser füllt lieber Überweisungsvordrucke aus, als sich mit Telefon-Banking herumzuschlagen.

«Das ist doch überall das Gleiche. Alleine im Nachbardorf waren zwei Banken. Die Sparkasse und die VR-Bank. Jetzt sind beide weg.»

Für Juliane Kaiser war das jedoch erstmal gar nicht tragisch. Sie konnte ja weiterhin einfach einen Mitarbeiter anrufen, der für sie Überweisungen ausführte. „Das war so super ideal, da brauchte ich nichts schreiben und nicht rumfahren. Da habe ich mich hier hingesetzt, mein Zeug durchgegeben und fertig.“ Vor ein oder zwei Jahren, die Seniorin erinnert sich nicht mehr genau, waren jedoch auch diese Mitarbeiter plötzlich weg. Jetzt gibt es nur noch die freundliche Telefonstimme, die Juliane Kaiser jedoch nicht versteht und andersherum auch nicht verstanden wird. Bei Problemen verweisen sowohl die Stimme am Telefon als auch die Pressesprecher der Bank auf das breite Online-Angebot. Auf Nachfrage von politicus erklärt der Sprecher der HypoVereinsbank zudem, dass die Telefon-Banking-Nutzung in den vergangenen Jahren derart zurückging, dass Telefon-Banking mit Mitarbeitern wirtschaftlich nicht mehr sinnvoll gewesen sei. Zudem würden auch zunehmend Menschen im höheren Alter das Online-Angebot nutzen.

EINE MOBILITÄT

Juliane Kaiser ärgert das. „Es ist ermüdend“, sagt sie und seufzt. „Es kann schon sein, dass immer mehr das nutzen. Aber halt nicht alle. Die sparen das Geld auf Kosten der Kunden.“ Und das gleich im doppelten Sinne. Die Telefon-Banking-Anrufe sind nämlich nicht kostenfrei. Und für die Überweisungsträger, die Kaiser nun wieder ausfüllen und per Brief an die Bank schicken muss, zahlt sie die Briefmarken. „Die haben so Terminals in der Bank, da konnte ich meine fertig ausgefüllten Überweisungen drauflegen und dann wurden die überwiesen. Aber inzwischen haben sie neue, und wie das dann läuft, weiß ich auch nicht. Es hat jetzt auf jeden Fall neulich nicht mehr funktioniert.“ Immerhin meint sie, die Kontoführungsgebühren seien bei ihr noch günstiger als in anderen Banken, bei denen man schon für jede Überweisung zahlen würde.

In die eigentliche Bankfiliale geht sie kaum noch. Der Aufwand ist ihr zu groß. Die Parkgarage in der Nähe der Bank ist ein unübersichtliches Wirrwarr, das sie nicht betreten möchte.

«Unser Nachbar hat überhaupt keinen, der das für ihn erledigen könnte.

Der muss immer mit dem Schulbus nach Karlstadt fahren, wenn er einkaufen oder zur Bank will.

Der erzählt jedes Mal, er ist fix und fertig, bis er nach Hause kommt.»

Und viele andere Parkplätze sind zu weit weg, als dass die 88-Jährige die Strecke noch laufen wollte. Lediglich sonntagsmorgens, bevor die Stadt aufwacht, wagt sie es, einmal im Monat in die Filiale zu fahren, um ihre Kontoauszüge zu holen. Dann gibt es auf dem sonst völlig überfüllten Parkplatz hinterm Dom, nur fünf Minuten Fußmarsch von der Bank entfernt, manchmal noch einen freien Platz. Dass sie auch in eine zweite Filiale im Würzburger Stadtteil Frauenland gehen könnte, um ihre Kontoauszüge auszudrucken, wo Parkplätze direkt vor der Tür vorhanden sind, wusste sie bisher nicht. Die Bank zu wechseln ist für die rüstige Rentnerin jedoch keine Option.

40 Kilometer nördlich von Juliane Kaiser sitzen Hiltrud und Erich Weißenberger an ihrem Küchentisch in Bühler bei Eußenheim. Die 81-jährige Hiltrud Weißenberger kam gerade von einem Arztbesuch zurück. Dass sie selbst noch mit dem Auto fährt, ist selten. „Der Verkehr ist mir mittlerweile zu hektisch geworden. Das halten meine Nerven nicht mehr

aus“, gibt Hiltrud Weißenberger unumwunden zu. Ihr 87-jähriger Mann fährt seit seinem Schlaganfall im Vorjahr gar nicht mehr. Nun sind die beiden auf ihre Kinder angewiesen. Gerade auch bei Bankgeschäften. „Vorhin hat mein Sohn auf dem Weg in die Stadt bei uns vorbeigeschaut. Da habe ich ihm gleich meine Überweisung für die Raiffeisenbank mitgegeben“, berichtet Erich Weißenberger. „Ohne unsere Kinder wären wir aufgeschmissen. Das würde nur ganz schlecht gehen.“

Früher gab es in den beiden Nachbardörfern Münster und Hundsbach noch eigene Raiffeisenbanken. Sie haben jedoch seit über 15 Jahren geschlossen. Die nächsten Filialen sind zehn Minuten mit dem Auto entfernt. Für das Ehepaar Weißenberger funktioniert das, solange ihre Kinder für sie die Botenfahrten übernehmen. In ihrem Dorf gibt es jedoch auch Senioren, die nicht das Glück haben, dass ihnen das jemand abnimmt.

DER TREND

Der Trend, dass Bankfilialen sowohl auf dem Land als auch in der Stadt durch Einsparungsmaßnahmen wegfallen, ist in den vergangenen Jahren überall zu sehen:

- Für das Jahr 2021 spricht die Bundesbank von einem Abbau von 2.388 inländischen Zweigstellen. Das ist ein Rückgang von 9,9 Prozent auf 21.712 noch verbleibende Filialen.
- 2020 waren laut Bundesbank mit 2.567 Zweigstellen sogar noch etwas mehr Filialen abgebaut worden. Ausgenommen von dieser Zahl sind Zweigstellen, die nur automatisierte Bank- oder Finanzdienstleistungen erbringen.
- Besonders Großbanken wie die Deutsche Bank AG oder die Commerzbank AG schließen viele Zweigstellen.
- Doch auch im Sparkassen- und Landesbankenbereich kam es 2021 zu einem Filialabbau von 617 auf 7.911 Filialen. Mit einem Anteil von 36,4 Prozent wird hier jedoch weiterhin die größte Anzahl inländischer Zweigstellen unterhalten.

Eine beliebte Alternative zum Geldabheben am Bankautomat ist mittlerweile die Bargeldabhebung an der Supermarktkasse. Für manche Senioren ist das jedoch eine ungewohnte Sache, immerhin bekommen umstehende Kunden mit, wer wieviel Bargeld mit nach Hause nimmt. Das versteht auch Gerald Streit, Leiter des Kundenservice-Centers der Sparkasse Mainfranken-Würzburg. Dieses verbirgt sich etwas außerhalb der Würzburger Innenstadt, zwischen den Stadtteilen Lengfeld und Grombühl. Dort hat sich die Sparkasse Mainfranken-Würzburg in ein graues Bürogebäude eingemietet. Der 57-Jährige sitzt in seinem blauen Anzug im Besprechungsraum. „Meine Mutter ist früher immer nach Würzburg zur Post gefahren, obwohl in Estenfeld auch eine Poststelle war,

weil die Menschen ja mitbekommen könnten, wie viel Geld sie da abhebt.“

Die Lösung der Bank für dieses Dilemma liegt in einem Großraumbüro mit grauem Teppichboden und dunkelroten Raumteilern, in dem Gerald Streit mit seinem Kollegen und Pressesprecher, Stefan Hebig, arbeitet. Zusammen mit 80 Mitarbeitern betreut Streit hier unter anderem die Kunden, die von Filialschließungen in der eigenen Region betroffen sind. Sie können hier anrufen, wenn sie etwas überweisen oder Bargeld benötigen. Bis zu 500 Euro können ihnen zugeschickt werden. 1,50 Euro kostet dies dann pro Bestellung. „Wir haben Kunden, die machen das regelmäßig, insbesondere Senioren“, erklärt Gerald Streit. Das Angebot

«Die Zeiten verändern sich. Deshalb haben wir bewusst bei der Anpassung des Filialnetzes einen SB-Service angeboten. Dieser war vorher kaum bekannt.»



Im Kundenservice-Center der Sparkasse Mainfranken-Würzburg: Filialleiter Gerald Streit (links) und sein Pressesprecher Stefan Hebig betreuen mit ihrem Team Kunden aus der ganzen Region.

sei gerade für die Kunden, die nicht mehr mobil seien.

Der Pluspunkt für Seniorinnen wie Juliane Kaiser ist auch, dass die Kunden hier mit Bankangestellten telefonieren können. Vorausgesetzt natürlich, sie rufen innerhalb der Öffnungszeiten an. „Wir werden immer versuchen anzubieten, dass der Kunde mit einem Mitarbeiter verbunden wird, wenn er nicht mit einem Computer sprechen will“, verspricht Streit.

Für Kunden, die noch mobil sind und dennoch von den Filialschließungen betroffen sind, stellt die Bank SB-Filialen auf. Kleine rote Würfel, in denen Kunden Geld abheben, Kontoauszüge ausdrucken und Prepaid-Handys aufladen können. „Das Filialnetz, das

wir jetzt haben, ist nicht dem Zufall überlassen. Wir haben geschaut, wo gehen die Menschen denn sowieso hin? Wo gehen sie einkaufen oder wo arbeiten sie? Daran hat man das Filialnetz optimiert“, erklärt Stefan Hebig. „Alle Kunden sollen mit dem Auto in weniger als zehn Minuten eine Filiale erreichen können.“

Nicht alle Kunden, die von Rationalisierungen betroffen sind, nehmen die neuen Angebote jedoch an. Immer wieder fehlt gerade bei älteren Kunden das Vertrauen in die Technik oder sie sind nicht ausreichend über Alternativangebote informiert. Und so werden manche Senioren, sowohl in der Stadt als auf dem Dorf, doch immer wieder zurückgelassen.“

STAATSMINISTER

ALBERT FÜRACKER



Albert Füracker, seit 2008 Mitglied des Bayerischen Landtags, ist seit März 2018 Bayerischer Staatsminister der Finanzen und für Heimat. Der gelernte Landwirt war und ist in der Kommunalpolitik in verschiedenen Ämtern tätig und engagiert sich zudem ehrenamtlich in zahlreichen Vereinen.

Bayern hat die Klage gegen die geltende Erbschaft- und Schenkungsteuer beim Bundesverfassungsgericht eingereicht, da diese die regional unterschiedlichen Immobilienpreisentwicklungen unberücksichtigt lässt. Aus bayerischer Sicht müssten die persönlichen Freibeträge deutlich angehoben werden. Wir haben den Finanzminister dazu befragt.

FRAGE 1

Warum klagt Bayern gegen die Erbschaftsteuer?

Eine Erhöhung der Freibeträge ist dringend geboten und längst überfällig. Bayern fordert dies seit Jahren. Die Immobilienpreise sind in den vergangenen 14 Jahren drastisch gestiegen, die persönlichen Freibeträge aber nicht. Das führt zu einer Steuererhöhung durch die Hintertür. Wir reden hier von einem Bundesgesetz – der Bundesfinanzminister kann jederzeit handeln. Von der Ampel gibt es aber nur lose Bekundungen, Taten hingegen bleiben aus. Auf politischem Wege konnte bisher leider keine Lösung erzielt werden. Bayern klagt daher vor dem Bundesverfassungsgericht und kämpft für die notwendige Erhöhung der Freibeträge und eine Regionalisierung wesentlicher Aspekte der Erbschaftssteuer kämpfen.

FRAGE 2

Wie wünschen Sie sich die Neuausgestaltung?

Die Erbschafts- und Schenkungssteuer steht in voller Höhe den Ländern zu. Daher sollten die Länder auch maßgeblich über die Ausgestaltung der wesentlichen Aspekte entscheiden können. Aus bayerischer Sicht müssen aber insbesondere die persönlichen Freibeträge endlich deutlich angehoben werden, um zumindest die seit 2009 eingebüßte und erforderliche Entlastungswirkung wiederherzustellen.

FRAGE 3

Welchen Erfolg sehen Sie für Ihre Klage?

Die Erbschafts- und Schenkungssteuer lässt aktuell maßgebliche Entwicklungen unberücksichtigt. Es gibt bundesweit große Preisunterschiede bei Immobilien. Daher werden Erben von Immobilien je nach Lage unterschiedlich stark durch die Erbschaftssteuer belastet. Insbesondere die persönlichen Freibeträge sollen gewährleisten, dass der übergehende Nachlass nahen Familienangehörigen überwiegend und bei kleinen Vermögen vollständig steuerfrei zugutekommt. Die Freibeträge reichen dafür aber schon längst nicht mehr aus. Es ist daher fraglich, ob die persönlichen Freibeträge noch den Anforderungen der Verfassung genügen.

EMPFEHLUNG

Vor Kurzem ist unsere Publikation „Gerechtigkeit für die Mitte? Die Verteilung der Steuer- und Abgabenlast in Deutschland und im EU-Vergleich“ erschienen. Diese Studie haben wir zusammen mit dem ifo Institut München erarbeitet.



Die kürzlich erschienene Studie „Nachhaltigkeitskriterien im Mittelstand – werden aktuelle Regulatorien im Bereich Nachhaltigkeit zu Finanzierungsschwierigkeiten im deutschen Mittelstand führen?“, die die TU München im Auftrag der Hanns-Seidel-Stiftung erstellt hat, befasst sich mit der Frage, ob aktuelle ESG-Regulatorien zu Finanzierungsschwierigkeiten für mittelständische Unternehmen führen könnten.



40 WEITERFÜHRENDE LITERATUR:

- Backhaus, Beate:
Vererben und Erben – Ratgeber von Stiftung Warentest – mit Textbeispielen, Formulierungshilfen und Checklisten.
Stiftung Warentest, Berlin 2022.
- Friedmann, Marcel:
Das Aktien & ETF Handbuch 2023 – Alles, was Sie als Einsteiger für den erfolgreichen Start an der Börse wissen müssen und wie Sie sich ein krisensicheres Vermögen aufbauen können.
Selbstverlag 2022.
- Fritz, Stefan:
Impact Investing – Investieren in die Zukunft: Ein Leitfaden für nachhaltiges Unternehmertum und social Entrepreneurship.
Haufe, Freiburg 2022.
- Holzmann, Sara/Petersen, Thieß/Posch, Daniel/Wortmann, Marcus:
Nachhaltige Soziale Marktwirtschaft: Wirtschaftspolitische Ziele und Zielkonflikte in der ökologischen Transformation.
Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh 2022.
- von Mutius, Bernhard:
Über Lebenskunst in unsicheren Zeiten.
GABAL, Offenbach 2023.
- Neyer, Jürgen:
Europa im Unfrieden. Soziale Konflikte und politische Umwälzungen in der europäischen Geschichte und Gegenwart.
Transcript, Bielefeld 2023.
- Schulz, André:
Rette dein Geld: Die 100 besten Tipps für mehr finanzielle Sicherheit und Freiheit.
Südwest Verlag, München 2023.
- Herbert, Carsten:
Alles, was Sie über Energiesparen wissen müssen: Erklärungen und Tipps vom Energiesparkommissar.
Herder, München 2023.

« EHRBARER KAUFMANN » GESUCHT

Mit Verantwortungsbewusstsein zum Erfolg

Autorin: Professor Dr. Diane Robers

Leiterin Akademie für Politik und Zeitgeschehen,
Hanns-Seidel-Stiftung, München

Die Finanz- und Wirtschaftssituation in Deutschland ist angespannt und der Aufschwung in Deutschland nach COVID-19 durch die globale Energiekrise unterbrochen.

Die Handelsspannungen zwischen den USA und China haben Auswirkungen auf die Exportindustrie. Hohe Energiekosten, lange Genehmigungsverfahren, fehlende Fachkräfte und Infrastrukturmängel belasteten die Position der Unternehmen in Deutschland. Die Beschleunigung des ökologischen und digitalen Wandels sowie die Beseitigung des deutschen Infrastrukturrückstands erfordern

«Die Deutsche Industrie- und Handelskammer warnt vor einer schleichenden Verlagerung von Produktion deutscher Industrieunternehmen ins Ausland.»

zudem erhebliche öffentliche Mittel. So geht der OECD-Bericht vom 8. Mai 2023 nur von einem BIP-Wachstum von 0,3 Prozent im Jahr 2023 aus. Demgegenüber steht eine Inflation, die laut OECD-Report im Jahr 2023 bei durchschnittlich 6,6 Prozent liegen wird – die Unternehmen werden höhere Inputkosten (Rohstoffe, Energie) weiterhin an die Verbraucher weitergeben, damit bleibt der Lohn- und Druck hoch. Die Steuern auf das Arbeitseinkommen gehören zu den höchsten in der OECD und sollten gesenkt werden, um das Arbeitsangebot zu erhöhen.

Die Deutsche Industrie- und Handelskammer (DIHK) warnt vor diesem Hintergrund vor einer schleichenden Verlagerung von Produktion deutscher Industrieunternehmen ins Ausland. DIHK-Außenwirtschaftschef Volker Treier spricht im ZEIT-Artikel vom 13. April von einem „Weckruf an die Politik, die Standortbedingungen in Deutschland zu verbessern“.

Eine Rückkehr zu starkem, widerstandsfähigem und nachhaltigem Wachstum in Deutschland erfordert zukunftsorientierte Investitionen und Reformen sowie eine Wirtschafts- und Finanzpolitik mit Augenmaß, wie die Besinnung auf die Prinzipien des europäischen Stabilitätspaktes. An dieser Stelle sei an das Leitbild des „Ehrbaren Kaufmanns“ erinnert, das in den 2000er-Jahren eine parteiübergreifende Renaissance erlebte. Es steht

für ein ausgeprägtes Verantwortungsbewusstsein für das eigene Unternehmen, die Gesellschaft und die Umwelt. Ein „Ehrbarer Kaufmann“ stützt sein Verhalten auf Tugenden, die den langfristigen wirtschaftlichen Erfolg zum Ziel haben, ohne den Interessen der Gesellschaft entgegenzustehen und handelt dementsprechend sozial und nachhaltig. Diese Leitlinien als handlungsleitend auch für die aktuelle Politik anzulegen, darf hier angeregt werden. ■

WIR LEBEN IN EINER ZEITENWENDE

Warum Deutschland mehr tun muss, um den globalen Herausforderungen gerecht zu werden

Autor: Florian Hahn, MdB

Internationaler Sekretär der CSU und verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

42

D

Der Krieg ist zurückgekehrt nach Europa mit all seiner Hässlichkeit und Unmenschlichkeit, die uns alle erschüttert. Deutschland muss endlich mehr tun, um den globalen Herausforderungen gerecht zu werden.

Am 24. Februar hat sich der Beginn des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine gejäht. Putins brutale Invasion bringt unfassbares Leid – vor allem für die Zivilbevölkerung in der Ukraine. Und dennoch merken wir nach fast eineinhalb Jahren eine gewisse „Kriegsmüdigkeit“ in Deutschland. Die Stimmen mehren sich, die die Ukraine um jeden Preis zum Frieden mit Putin drängen wollen. Das ist fatal. Denn Putin möchte nicht nur die Ukraine, sondern auch andere Teile Europas wieder in die Knechtschaft führen. Es geht um viel mehr als um das ukrainische Territorium, und es geht um mehr als die Wiederherstellung des russischen Reiches in den groß-sowjetischen Grenzen. Es geht um ganz Europa, es geht um Demokratie, um Freiheit und Rechtsstaatlichkeit.

Wir dürfen weder die unsachgemäßen extremen Positionen links und rechts unserer Meinungslandschaft unreflektiert wirken lassen, noch unsere Werte kampflös aufgeben. Die Unterstützung für die Ukraine bleibt

essenziell und gibt den Menschen dort den Mut und die Kraft, auch für unsere Sicherheit zu kämpfen. Sie haben das Recht auf ihrer Seite, sich vor dem russischen Aggressor zu verteidigen, und verdienen unsere Unterstützung – politisch, wirtschaftlich und militärisch, um den Krieg zu gewinnen. Dazu braucht es endlich auch eine echte deutsche Ukraine-Strategie.

Um für Krisen, Konflikte und Katastrophen in Zukunft grundlegend besser gewappnet zu sein, müssen wir Bedrohungen erkennen, Lösungen überlegen und Strategien entwickeln. Unsere Gesellschaft muss resilienter gegenüber multiplen Bedrohungen werden und unser Staat auf allen Ebenen handlungsfähig sein. Diese Sicherheitsvorsorge ist ein gesamtstaatlicher Auftrag mit folgenden Herausforderungen.

Wir müssen mehr in die eigene militärische Stärke investieren

Deutschland braucht einsatzbereite, sofort auch an den Bündnisgrenzen einsetzbare und gut ausgerüstete Streitkräfte. Dies erreichen wir aber nur durch einen finanziellen Kraftakt von dauerhaft mindestens 2-Pro-



Florian Hahn: „Die Welt ordnet sich neu. Dafür müssen wir uns wappnen.“

43

zent-BIP (Bruttoinlandsprodukt) für die Verteidigung, zusätzlich zum 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr. Die Nach- und Neubeschaffungen von Waffensystemen für die Bundeswehr müssen schneller und unbürokratischer laufen. Reformen der Streitkräfte-Struktur, der Bürokratie und des Beschaffungswesens sind dringend geboten. All das muss die Bundesregierung schneller als bisher bewältigen, wenn sie der selbst ausgerufenen Zeitenwende gerecht werden will.

Wir müssen die internationale Zusammenarbeit stärken

Die Bedrohung der regelbasierten Weltordnung durch Autokratien wie China und Russland nimmt immer mehr zu. Dem müssen wir als Europäer entgegenzutreten, zusammen mit den USA und anderen Partnern. Denn Zeitenwende heißt auch, sich auf die geopolitischen, geoökonomischen und geostrategischen Herausforderungen einzustellen. Wir sollten die enge Partnerschaft zu „like-minded countries“ des indo-pazifischen Raums und den demokratischen BRICS-Staaten Indien, Brasilien und Südafrika als Gegengewicht zum immer größer werdenden Einfluss Chinas auf der Welt suchen. Denn alleine sind sowohl Deutschland als auch Europa scheinbar zu

klein, um auf der Welt etwas bewegen zu können. Es geht um echte Interessenpolitik.

Wir müssen wieder technologischen Vorsprung erreichen

Egal ob Klimawandel oder militärische Bedrohungen – technologische Stärke ist entscheidend für alle Zukunftsthemen. Der vermeintlich konventionelle Ukraine-Krieg ist auf ukrainischer Seite hochgradig digital und von Künstlicher Intelligenz (KI) gesteuert. Ebenso nimmt die Bedeutung weltraumgestützter Anwendungen in allen Bereichen des täglichen Lebens rasant zu. Der Weltraum ist und bleibt das Rückgrat der Digitalisierung und kritischer Infrastruktur, die wir im Zweifel verteidigen müssen. Die militärische Nutzung des Welt- und Cyberraums wird weiter zunehmen. Die Zeitenwende muss in allen Dimensionen gedacht werden.

Die Welt ordnet sich gerade neu. Es ist die Zeit des Übergangs in eine neue Phase der Weltgeschichte. Die „dunkle Seite der Macht“ formiert sich und bedroht uns und unsere Art zu leben auf vielfache Art und Weise. Dafür müssen wir uns wappnen. ■

DAS MOBILITYCOIN SYSTEM

Ein zukunftssträchtiges Verkehrsmanagement-System



44

Autoren:

Professor Dr.-Ing. Klaus Bogenberger

Leiter des Lehrstuhls für Verkehrstechnik der Technischen Universität München (TUM)



Philipp Servatius

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Verkehrstechnik der Technischen Universität München

S

Seit Jahren geht die Verkehrswende nur schleppend voran. Doch woran liegt das und welche Lösungen gibt es?

Durch Platzmangel und Treibhausgasemissionen ausgelöste Probleme sind in Städten weltweit deutlich spürbar – so auch in München, der Landeshauptstadt Bayerns und (fast) alljährlichen Stauhauptstadt Deutschlands. Hier sind verlängerte Wegezeiten durch zähfließenden Verkehr an der Tagesordnung. Dies wirkt sich negativ auf die ohnehin schon seit Jahren konstant hohen Emissionswerte sowie auf das menschliche Wohlbefinden aus. Die öffentlichen Verkehrsmittel sind zeitweise brechend voll oder es drohen Ausfälle aufgrund technischer Störungen. Diese Umstände spürt jeder. Was man jedoch mit

dem eigenen Mobilitätsverhalten gegenüber anderen Verkehrsteilnehmern auslöst, ist vielen nicht bewusst. Gleichermaßen verhält es sich mit den Mobilitätskosten. Das Kaufen von Fahrkarten oder auch der Weg zur Tankstelle sind finanziell unmittelbar spürbar. Vom Nutzer verursacht und getragen – klingt zunächst fair. Darüber hinaus gibt es sogenannte Externalitäten, die vom Nutzer verursacht, jedoch von der Gesellschaft getragen werden wie Flächenverbrauch, durch Lärmemissionen ausgelöste Kosten oder auch Unfallkosten. Das wiederum ist nicht für alle fair.

Das Zusammenspiel unterschiedlichster Verkehrssysteme und Nutzergruppen bildet ein komplexes Gesamtkonstrukt. So hinterlassen inkrementelle Maßnahmen wie

Tempolimits, der Ausbau von Fahrradwegen oder Busspuren, optimierte Steuerungen von Lichtsignalanlagen sowie gesetzliche Regulierungen mittelfristig keine spürbare Wirkung. Auch das jüngst eingeführte Dieselfahrverbot bezieht lediglich ein Verkehrsmittel (das Auto) mit ein – mit mehreren Ausnahmen. Der Effekt dieser Maßnahme bleibt abzuwarten.

Auch der Umstieg auf Technologien wie Elektrofahrzeuge kann für die Reduktion von Treibhausgasemissionen unter den richtigen Rahmenbedingungen vielversprechend sein. Andererseits ist dadurch künftig mit geringeren Energiesteuereinnahmen zu rechnen, die auf andere Weise ausgeglichen werden müssen.

Das MobilityCoin System

An der TU München wird derzeit an einem zukunftssträchtigen, ganzheitlichen Ansatz geforscht, um gleich mehrere der eben genannten Probleme anzugreifen. Das MobilityCoin System ist ein Verkehrsmanagement-System, das alle Verkehrsmittel und Nutzergruppen einschließt.

Jeder Verkehrsteilnehmer bekommt zu Beginn einer Periode kostenlos ein Budget an MobilityCoins. Diese sind als digitale Währung zu verstehen und können vom Nutzer in zwei Bereichen eingesetzt werden: für Mobilität und auf einem Markt. Möchte ein Nutzer nun von A nach B, kann er wie gewohnt das Verkehrsmittel seiner Wahl nutzen. Basierend auf den externen Kosten ist dabei ein Preis in MobilityCoins zu entrichten. Externalitäten werden also verursachergerecht internalisiert. Dies gilt für den motorisierten Individualverkehr sowie für den öffentlichen Personennahverkehr.

Das MobilityCoin System wirkt jedoch nicht nur über die Bepreisung von Fahrten, sondern beinhaltet auch Anreize: Niedrigere Tarife in den Nebenreisezeiten sollen Nutzer dazu bewegen, auf diese auszuweichen und aktive Verkehrsmittel werden subventioniert. Entscheidet sich ein Nutzer, für eine Strecke auf das umweltschonende Fahrrad umzusteigen, bekommt er dadurch MobilityCoins gutgeschrieben. Überschüssige Coins lassen sich auf einem Markt an andere Nutzer verkaufen, vergleichbar mit dem CO₂ Zertifikate-Handel. Mittels Angebot und Nachfrage stellt sich ein Marktpreis ein, über welchen den Coins ein monetärer Wert zugeschrieben wird. Ferner lassen sich bei diesem Handel eine Transaktionssteuer erheben und Einnahmen generieren. Somit können fehlende Steuereinnahmen und das System selbst finanziert werden. Da es sich um eine digitale, hochautomatisierte Lösung handelt, sind die Betriebskosten durchaus tragbar.

Technische Realisierung

Bei der technischen Realisierung des MobilityCoin Systems könnte das weit verbreitete Smartphone die zentrale Einheit für alle Funktionen darstellen. Eine Alternative wäre eine dezentrale Architektur, bei der das Verkehrsmittel zur Wegnachverfolgung genutzt wird und der Nutzer sich zu Fahrtbeginn und -ende anmeldet beziehungsweise abmeldet. Durch eine geschickte Systemarchitektur ist es bei beiden Varianten möglich, einen anonymen Steuerungsprozess zu implementieren und somit Daten- und Persönlichkeitsschutz zu garantieren.

Gerechtigkeit

Gerechtigkeit ist einer der zentralen Werte des MobilityCoins Systems und wird bei der Systementwicklung stets berücksichtigt. Ein Ansatzpunkt ist die Verteilung der Coins, welche sowohl uniform, also an alle gleich, als auch multiform entlang soziodemographischer Faktoren ausgegeben werden können.

Auch bei der Preisbildung können die genannten Faktoren einfließen. Durch die Internalisierung der Externalitäten soll dabei verursachergerecht ein Wohlfahrtsoptimum erreicht werden.

Übergeordnetes Ziel

Das übergeordnete Ziel ist die Reduktion von Treibhausgasen. Dies soll maßgeblich durch eine festgelegte Obergrenze an MobilityCoins, tageszeitabhängige Vergünstigungen sowie den Anreiz zum Umstieg auf ökologische Verkehrsmittel erreicht werden.

Es ist aktuell zu früh zu sagen, ob das MobilityCoin System in der Lage ist, alle genannten Probleme zu lösen. Der aktuelle Forschungsstand lässt jedoch positiv in die Zukunft blicken. ■

45

METAVVERSE

Nach den Buzzwords Virtual Reality (VR), Augmented Reality (AR) und Artificial Intelligence (AI) haben in jüngster Zeit das Metaverse und ChatGPT große Aufmerksamkeit erregt. Metaverse bedeutet, dass virtuelle Welt, erweiterte Realität und echte Welt miteinander verschmelzen und sich die Nutzer nahtlos zwischen den verschiedenen Räumen und Anwendungen bewegen können.



Professor Dr. Siegfried Balleis
Honorarprofessor am Institut für Politische Wissenschaft der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg (FAU),
Vorsitzender des Universitätsbunds der FAU

JA, Metaverse eröffnet vollkommen neue und revolutionäre Dimensionen.

Das Problem besteht dabei darin, dass es gegenwärtig noch keine allgemein gültige Definition für diesen Begriff gibt. Klar dürfte auf jeden Fall sein, dass die erforderlichen Rechenleistungen für das Metaverse gegenüber dem heutigen Internet vieltausendfach vervielfältigt werden müssen.

Das Metaverse verspricht die unterschiedlichen Handlungsräume des Internets zu einer neuen Wirklichkeit zu vereinigen und verknüpft reale, physische und digitale Welt miteinander. Es pausiert nicht, kann nicht beendet werden und findet in Echtzeit statt. Am Metaverse können beliebig viele Nutzer teilnehmen und digitale Objekte lassen sich in verschiedene Anwendungen und Räume „transportieren“. Das bedeutet – konsequent zu Ende gedacht – eine revolutionäre Weiterentwicklung des Internets, die unser Leben noch weiter radikal verändern wird. Das wird in ähnlich blitzartiger Geschwindigkeit verlaufen wie der sprunghafte Anstieg der Nutzung der Smartphones in den vergangenen Jahren.

Das Metaverse wird auch eine vollkommen neue Dimension für den Handel eröffnen, da es durch die Generierung von virtuellen Erlebniswelten Eindrücke ermöglicht, die sehr nahe an das Erlebnis des Einkaufens im stationären Handel herankommen.

Zwischenzeitlich hat auch die Industrie das Metaverse beispielsweise in Form der Entwicklung digitaler Zwillinge für sich entdeckt, indem virtuell entwickelte Produkte unmittelbar in konkrete Produkte umgesetzt werden können: Ein virtuell geschaffenes Produkt – wie beispielsweise eine Turbine für ein Kraftwerk – kann via 3-D-Drucker in der Losgröße 1 produziert werden. ■

SEGEN ODER FLUCH?

Dr. Thorsten Winkelmann
Akademischer Rat am Institut für Politische Wissenschaft der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg



NEIN, Metaverse verändert nicht nur die Geschäftswelt, sondern das Soziale, das ohnehin schon zu einer fragwürdigen Kategorie verkommen ist.

Erstens entwickeln vor allem die großen US-amerikanischen Techkonzerne wie Facebook, Google, Apple und Amazon entsprechende Angebote, mit denen ein weitergehender Konzentrationsprozess einhergehen wird. Sie fungieren als technologische Gatekeeper und bestimmen mit ihren marktbeherrschenden Stellungen bereits heute den Alltag und lassen sich nur schwer regulieren. Dies führt zu einer zunehmenden Anhäufung von Vermögen in den Händen einiger Weniger. Durch die internetbasierten Interaktionen entstehen durch Metaverse neuartige Besitz- wie Eigentumsverhältnisse mit einem in prekären Verhältnissen lebenden Crowd-Worker-Proletariat.

Zweitens liegen die erforderlichen Kommunikationskompetenzen bei den meisten Menschen noch nicht vor. Hiervon dürften ohnehin schon artikulationsstarke, social media-affine Bevölkerungsschichten mit handfesten Interessen profitieren. Statt die Gesellschaft inklusiver, kreativer und nachhaltiger zu gestalten, verfestigen sich Ungleichheitsverhältnisse. Hieraus resultieren weitergehende Möglichkeiten für Manipulationen, Desinformationskampagnen und Cyber-Mobbing.

Drittens kündigt sich am Firmament eine zu nichts verpflichtende Demokratie für den fröhlichen Bürger von unterwegs an. Bei dieser „Democracy to go“ wird der Bürger zum konsumierenden Avatar degradiert, während politische Inhalte, die sich weder virtualisieren noch inszenieren lassen, aus dem Blickfeld geraten. Zugleich verursacht die mit Metaverse verbundene immersive Realität einen erheblichen Konformitätsdruck, der bereits in den etablierten sozialen Netzwerken erkennbar ist. ■

PRO

CONTRA



«WAS MACHT EIGENTLICH ...?»



OTTO WIESHEU

WAS MACHT EIGENTLICH ...?

Otto Wiesheu war früher Geschäftsführer der Hanns-Seidel-Stiftung und zwölf Jahre Bayerischer Staatsminister für Wirtschaft und Verkehr. Auch im Ruhestand wird es ihm nicht langweilig.

Autor: Dr. Otto Wiesheu

Nach meinem Rückzug aus der aktiven Politik war ich von 2009 bis 2018 Präsident des Wirtschaftsbeirates Bayern, zusammen mit einer Reihe von verantwortlichen Persönlichkeiten als Arbeitskreisleiter und im Präsidium. Es war und ist sinnvoll, dass Themen aus dieser Arbeit in die politischen Ebenen eingespeist werden. Das Netzwerk dafür wurde von Wahl zu Wahl dünner. Deshalb war ich froh, dass 2018 Frau Professor Dr. Niebler, MdEP, diese Aufgabe zur Pflege des notwendigen Dialogs zwischen Wirtschaft und Politik übernommen hat. Als Ehrenpräsident fühle ich mich dem Wirtschaftsbeirat nach wie vor eng verbunden

«ALS EHRENPRÄSIDENT FÜHLE ICH MICH DEM WIRTSCHAFTSBEIRAT ENG VERBUNDEN.»

und besuche – wenn möglich – Veranstaltungen zu zentralen wirtschaftspolitischen Themen mit hoher Relevanz für die politische Diskussion.

Seit dem Jahr 2007 bin ich aktiv tätig als Präsident der Deutsch-Arabischen-Freundschafts-Gesellschaft in Berlin. Diese Gesellschaft arbeitet in den Bereichen politische Information, wirtschaftliche Kooperation und kulturelle Zusammenarbeit. Eine Reihe von Informationsveranstaltungen, regelmäßige Besuche von und in verschiedenen arabischen Ländern sowie Konferenzen zu unterschiedlichen Themen ermöglichen es, die Themen und Probleme der Gesellschaft besser kennenzulernen und zu besprechen.

Ich besuche gerne Veranstaltungen unseres Ortsverbandes, als Ehrenvorsitzender auch Kreisvorstandssitzungen und – wenn möglich – den Landesparteitag der CSU. Die tägliche ausführliche Zeitungslektüre ist selbstverständlich. Darüber hinaus übe ich noch Beiratsmandate bei mittelständischen Unternehmen aus und stehe dort gerne jederzeit mit Rat und Tat zur Verfügung. Aus den Diskussionen dort ergeben sich auch praktische Erkenntnisse zu aktuellen wirtschaftspolitischen Fragen. Die Zulassung zum Rechtsanwalt habe ich nach wie vor.

Jetzt versuche ich auch, meiner Familie stärker gerecht zu werden, als dies in den Zeiten der aktiven Politik möglich war. Da ging leider vieles zu Lasten der Familie. Ich treibe regelmäßig Sport, meine Frau und ich fahren gerne mit dem E-Rad in die nähere Umgebung. Und wir reisen, wenn möglich, in uns unbekannte Länder. In diesem Jahr stehen zum Beispiel Albanien und Nord Mazedonien noch auf dem Programm. Außerdem lesen wir gerne: Ich habe

«MEINE FRAU UND ICH FAHREN GERNE MIT DEM E-RAD IN DIE NÄHERE UMGEBUNG.»

eine Präferenz für historische Werke und zu Themen der aktuellen Geschehnisse, meine Frau mehr für philosophische und religiöse Literatur.

Mich freut es, wenn ich von der TU München als einer ihrer Ehrensatoren zum Dies Academicus sowie zu den Exzellenzvorlesungen eingeladen werde, die regelmäßig hochspannende Themen mit international bedeutenden Wissenschaftlern anbieten. Hochinteressant sind auch die Einladungen zu den jährlichen Strategietagungen der Freunde des ifo Instituts sowie zur Jahresversammlung des Instituts in der LMU München. Zudem bietet das Institut alle vier Wochen Veranstaltungen zu zentralen wirtschaftspolitischen Themen an. Das trägt dazu bei, in der wirtschaftspolitischen Diskussion auf dem aktuellen Stand bleiben zu können. Langweilig wurde es noch nie. ■

DR. OTTO WIESHEU,
von 1974 bis 2005 Mitglied des Bayerischen Landtags,
von 1993 bis 2005 Bayerischer Staatsminister für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie
und von 2006 bis 2009 Vorstandsmitglied der
Deutschen Bahn AG

SOCIAL MEDIA

Aktuelles aus den sozialen Netzwerken

**Georg Eisenreich, MdL
Staatsminister der Justiz**
@georg.eisenreich

Traditionelle Kundgebung der CSU München Süd beim @haderner_dorffest. Super Stimmung. Starke Grundsatzrede unseres Ministerpräsidenten @markus.soeder. Zentrale Botschaft: Das Leben in Bayern und München muss bezahlbar sein. Wir brauchen keine zusätzlichen Belastungen durch die ideologische Politik in Berlin, sondern Entlastungen. Dazu müssen u.a. die Heizungspläne der Berliner Ampel gestoppt werden. Für die tolle Organisation danke an:
@veronika.mirlach
@stad_matthias
und die Fußballabteilung des TSV Großhadern. >>



**Dr. Markus Söder, MdL,
Bayerischer Ministerpräsident**
@Markus_Soeder

Bayern ist Sonnenland: Wir bauen #Strom aus #Sonnenenergie weiter massiv aus. War gerade beim nächsten Energie-Termin auf dem Dach der @messemuennenchen. Die Messe ist seit Jahren Vorreiter in Sachen Nachhaltigkeit und will ihre riesige Photovoltaikanlage erneut erweitern. Mit 38.000 Quadratmetern Solarzellen wurden hier bereits 26 Millionen kWh Strom erzeugt und 10.000 Tonnen CO2 eingespart. Insgesamt haben wir in Bayern 800.000 PV-Anlagen. Für die Energiewende wollen wir den Ausbau aller Formen an #Erneuerbaren Energien. #Bayern liegt dabei bei Ausbau und Dynamik auf Platz 1 aller Bundesländer. >>

**Melanie Huml, MdL,
Staatsministerin für Europa und Internationales**
@MelanieHuml

Wir laden ein - zum #Hofgartenfest zwischen Residenz und Staatskanzlei, noch bis heute Abend bei Sonne, Musik und kulinarischen Leckereien. Sehen Sie die Orte, wo #Bayern gestaltet wird: die Büros des Ministerpräsidenten, der Minister, den Ministerratsaal, und den Kuppelsaal ... >>



**Ilse Aigner, MdL,
Landtagspräsidentin**
@ilse.aigner

Ich freue mich, heute bei der Eröffnung des 34. @africa.festival in Würzburg dabei zu sein! Es ist eine Inspiration. Es ist eine Institution. Es ist ein großes Fest der Vielfalt, des Respekts, der Freiheit und der positiven Energie! @bayerischer.landtag @ju.wuerzburg.stadt @africa.festival @christian.schuchardt >>

Prof. Winfried Bausback, MdL
@winfriedbausback

Einmal eine Frisur wie James Dean und alles nur aus Solidarität, weil Sohnemann Nr. 3 nicht beim Friseur war und das Problem selber lösen wollte ... >>



**Klaus Holetschek, MdL,
Staatsminister für Gesundheit und Pflege**
@klausholetschek

Den Erste Hilfe Kurs aufzufrischen ist wichtig. So bekommt man Sicherheit, wenn der Fall der Fälle einmal eintreten sollte. Ich kann nur jedem raten das Angebot der bayerischen Rettungsdienste anzunehmen. /tm #ersthilfe >>



Desinformation und Angst sichern die Diktatur

Autor: Dr. Harald Bergsdorf, Bonn

Weiterhin erschüttert Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine weite Teile vor allem der westlichen Welt. Rüdiger von Fritsch, zwischen 2014 und 2019 deutscher Botschafter in Moskau, will in seinem Buch „Zeitenwende“ analysieren, wie es zu diesem Krieg kam. Gründlich widerlegt Rüdiger von Fritsch grassierende Legenden, „der“ Westen habe Russland gedemütigt und sich nach dem Epochenbruch 1989/90 zu wenig um russische Befindlichkeiten gekümmert.

Im Ergebnis qualifiziert der Autor die angebliche Bedrohung Russlands durch die NATO, dem friedlichsten Verteidigungsbündnis der Weltgeschichte, als lediglich „gefühlte“. Tatsächlich gibt es keine verbindliche Vereinbarung mit Russland, die eine NATO-Osterweiterung veroten hätte. Einschlägige Vorwürfe Russlands an den „Westen“ scheinen daher konstruiert. Putin selbst bemerkte, wie Rüdiger von Fritsch erinnert, 2004 auf einer Pressekonferenz in Russland: „Hinsichtlich der NATO-Erweiterung haben wir keine Sorgen mit Blick auf die Sicherheit der Russischen Föderation.“

Tatsächlich wurzelt der russische Überfall eines friedlichen und freiheitlichen Nachbarlandes primär in Putins Panik, die Ausbreitung von Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Wohlstand in der Ukraine könnte eines Tages auch Russland „infizieren“ und damit seine Diktatur beenden. Darin sieht Putin die größte Bedrohung seiner Herrschaft. Wie andere Diktatoren der Vergangenheit und Gegenwart will er vor allem seine Macht gegen die Mehrheit sichern – gerade in Zeiten langfristig sinkender Bedeutung von Öl und Gas. Daher fungieren seine Vorwürfe an den Westen wegen der NATO-Osterweiterung eher als Ablenkungsmanöver und Nebelkerzen.

Dass einige führende Politiker in Deutschland – bereits weit vor dem Überfall auf die Ukraine im Februar 2022 – Putins offensichtliche Bereitschaft, neoimperialistische Vernichtungskriege zu führen, offensiv ignorierten, übergeht Rüdiger von Fritsch mit vornehmer Zurückhaltung. Das gilt ebenfalls für die langjährige Weigerung einiger Parteien, die Bundeswehr gemäß der Bündnisverpflichtungen auszustatten, um diplomatische Dialogbereitschaft und militärische Stärke im NATO-Rahmen möglichst miteinander zu verbinden und zu verknüpfen. Das faktenreiche Buch des Russland-Kenners über den russischen Angriffskrieg kann helfen, Putins Desinformations- und Angstkampagnen zu bekämpfen, die auch im Westen immer noch viele Freunde und Förderer finden, darunter insbesondere Extremisten verschiedener Couleur.

Ziel der Rechten: die Zerstörung der Gesellschaft

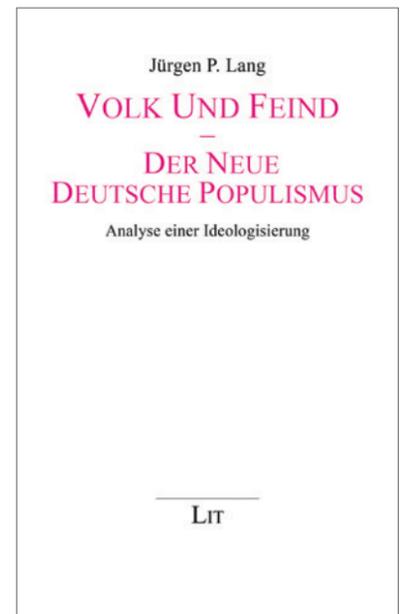
Autor: Dr. Gerhard Hirscher, Hanns-Seidel-Stiftung, München

Populismus ist oft schwer zu erfassen und erst recht, wenn es darum geht, das Gefährdungspotenzial für die freiheitliche Ordnung abzuschätzen. Jürgen P. Lang, renommierter Experte und Publizist, nimmt in seinem Buch eine ideologische Positionierung der aktuell in Deutschland relevanten populistischen Hauptströmungen unter die Lupe. Zentral ist dabei die Auseinandersetzung mit dem ideengeschichtlichen Hintergrund des Rechtspopulismus und der Frage nach der Anschlussfähigkeit für aktuelle Populismen auch aus anderen Richtungen.

Der Autor beginnt seine Analyse des Rechtspopulismus mit einer historischen Phänomenologie seiner geistigen Grundlagen. Es geht ihm nicht um eine empirische oder strukturalistische Studie, sondern es sollen die geistesgeschichtlichen Wurzeln dargelegt werden, um den deutschen Rechtspopulismus „und die mit ihm zusammenhängende ideologische Gemengelage ... besser zu verstehen“ (S. 21). Hier geht er unter anderem von der These aus, der Rechtspopulismus habe sich radikalisiert und die Neue Rechte habe eine populistische Strategie übernommen. Dabei kann sie an traditionelle deutsche antiliberalen Geistestradiationen und radikal rechte Weltanschauungen anknüpfen.

In der politischen Praxis ergeben sich aber einige Parallelen zwischen Rechts- und Linkspopulismus, was sich vor allem an der Verwendung des „Volks“-Begriffs nachweisen lässt (S. 25 ff.). Dabei zeigt sich immer wieder die Grundvorstellung eines autochthonen, also an Ort und Stelle entstandenen, ethnisch homogenen deutschen Volks als Ideal. Diese (offene und latente) Positionierung bietet einerseits den radikalen Kräften (nicht zuletzt innerhalb der AfD) eine feste Basis zur Profilierung. Sie schreckt andererseits bürgerlich-konservative Milieus ab, an die sich die radikale Rechte andocken will, mit ihrer antiliberalen Haltung aber abschreckend wirkt. Dazu trägt erst recht die Berufung auf eine „konservative Revolution“ und deren „ethnische Ursprungsmythen“ bei. Aus den Trümmern der zerstörten Gesellschaft soll eine neue aufgebaut werden.

Ein „richtungsloser Populismus“ (S. 173) könnte höchstens im Nationalismus à la Scharnhorst eine gemeinsame Basis finden, eine „Querfront“ hält Lang jedoch für unwahrscheinlich. Aber einen sich weiter radikalierenden Populismus sieht der Autor weitgehend in der Rechten – vor allem in der AfD.



Lang, Jürgen P:

Volk und Feind – Der Neue Deutsche Populismus.

Analyse einer Ideologisierung.

Berlin: LIT Verlag 2022,
189 Seiten, 29,90 Euro.



Fritsch, Rüdiger:

Zeitenwende.

Putins Krieg und die Folgen.

Berlin: Aufbau Verlag 2022,
187 Seiten, 18,00 Euro.

JOSEF MÜLLER – DER „OCHSENSEPP“ GESCHICHTE AUF DRAHT

Autorin: Katharina Köhn

Archiv für Christlich-Soziale Politik (ACSP),
Hanns-Seidel-Stiftung

Bild- und Tonaufnahmen aus der Frühzeit der CSU sind spärlich gesät. Die Nachkriegsjahre waren nicht nur von einem Mangel an Papier geprägt, auch für Film- und Tonaufnahmen fehlten Material und Geräte. Man griff daher auf heute unbekannte Formate zurück, so zum Beispiel auch der „Ochsensepp“.

Am 27. März 2023 hätte Josef Müller, auch „Ochsensepp“ genannt, seinen 125. Geburtstag gefeiert. Der Sohn eines Kleinbauern war schon früh gezwungen, etwas für den Lebensunterhalt der Familie beizutragen. Das Abitur und das Studium der Rechtswissenschaften konnte er erst nach seiner Zeit als Soldat im Ersten Weltkrieg abschließen, um dann eine Kanzlei für Wirtschaftsangelegenheiten zu eröffnen (mehr dazu unter: <https://www.hss.de/news/detail/120-geburtstag-von-josef-mueller-news2591/>).



In den 1920er-Jahren wurde er Mitglied der Bayerischen Volkspartei (BVP) und blieb es bis zu ihrer Auflösung im Zuge der Machtergreifung der Nationalsozialisten 1933. Die Erfahrungen der Jahre unter nationalsozialistischer Diktatur und der Beginn des Zweiten Weltkriegs veranlassten ihn, seine engen Kontakte in kirchliche und militärische Kreise für den Widerstand zu nutzen.

In den folgenden Kriegsjahren reiste Josef Müller für Gespräche über mögliche Friedensverhandlungen im Auftrag der Militäropposition wiederholt nach Rom, nicht selten mit brisanten Papieren im Gepäck. 1943 wurde er schließlich verhaftet und als politische Geisel in den Konzentrationslagern Buchenwald, Flossenbürg und Dachau festgehalten, bis er im April 1945 in Südtirol befreit wurde.

Die Erfahrungen aus Widerstand, Haft und permanenter Lebensgefahr prägten Josef Müller nachhaltig und hatten

einen erheblichen Einfluss auf seine Vorstellungen für einen politischen Neubeginn. Sie beeinflussten, wie die Erfahrungen durch Verfolgung und Haft anderer Unionsgründer, auch die Gründerjahre der CSU.

70 Jahre ungehört

Im Nachlass von Josef Müller befinden sich Tondrahtspulen, für die es fast sieben Jahrzehnte keine Möglichkeit gab, sie abzuspielen oder zu digitalisieren. Der hartnäckigen Suche der Archivmitarbeiter nach einer technischen Lösung und der Bereitschaft eines Toningenieurs, sich dieser Herausforderung zu stellen, ist es zu verdanken, dass die Tondrahtbänder letztendlich zum Sprechen gebracht werden konnten.

Eindrückliche Worte

Die Aufnahmen sind bei einer Untersuchung des Ausschusses des Landesverbands Bayern der Europa-Union im Juni 1952 über Josef Müllers Rolle in der NS-Zeit entstanden. Ausführlich schildert Müller darin seine Aktivitäten im Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Er berichtet über die Kontaktaufnahme mit dem militärischen Widerstand und die Bemühungen, den militärischen und kirchlichen Widerstand zusammenzuführen, schildert seine Reisen und Gespräche im Vatikan über mögliche Friedensverhandlungen und Attentatspläne auf Adolf Hitler.

Die Tonqualität der Bänder ist durch Störgeräusche, die schon bei der Aufnahme entstanden sind, nicht optimal und konnte auch in der Nachbearbeitung nur minimal verbessert werden. Trotzdem schafft es Josef Müller, einen Blick in ein Kapitel deutscher Geschichte zu geben, wie es die schriftliche Überlieferung allein nicht geben könnte. ■



Mehr zu Josef Müller
im Widerstand

- Riebling, Marc:
Die Spione des Papstes.
Der Vatikan im Kampf
gegen Hitler,
München 2017.
- Richardi, Hans-Günter:
SS-Geiseln in der
Alpenfestung. Die Ver-
schleppung prominenter
KZ-Häftlinge aus Deutsch-
land nach Südtirol,
Bozen 2005.

Josef Müller kurz nach
Kriegsende im Juli 1945



Diese Drahtknäuel aus
dem Nachlass von Josef
Müller konnten letzt-
endlich entschlüsselt
werden.

Zum Reinhören:



Weitere Informationen:



«EINE ,ALLERWELTSPARTEI‘ IST DIE CSU NIE GEWESEN»

Autorin: Verena Hausner
Hanns-Seidel-Stiftung, München

Die CSU hat im Laufe ihrer Geschichte sieben Grundsatzprogramme vorgelegt und damit Antworten auf die drängenden Fragen und Herausforderungen ihrer Zeit gegeben – und damit ihren politischen Geltungsanspruch begründet. Mit der Reihe „Grundsätzliches“ beleuchtete die HSS Themen und Hintergründe.

Es ging um das Geschenk Gottes, um das neue Zeitalter der Exponentialität und um „die Zukunft, die halt immer anders war“. So brachte der frühere Bayerische Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber die Arbeit der Grundsatzkommissionen bei der Auftaktveranstaltung der HSS-Reihe „Grundsätzliches“ auf den Punkt. Er diskutierte mit ehemaligen und aktuellen Vorsitzenden der CSU-Grundsatzkommissionen wie Theo Waigel, Alois Glück, Markus Blume und Anja Weisgerber sowie dem Historiker Thomas Schlemmer vom Institut für Zeitgeschichte (IfZ). Der Bogen spannte sich über Entwicklung, Ziele und Schwerpunktsetzungen der verschiedenen Programme, die den gesellschaftlichen und politischen Wandel Bayerns seit 1945 widerspiegeln.

Bereits die Zehn-Punkte-Erklärung vom 31. Dezember 1945 enthielt die Jahrzehnte gültigen Orientierungen für eine Gestaltung des Gemeinwesens: Demokratie, Freiheit, Rechtsstaat, Föderalismus, Subsidiarität, soziale Gerechtigkeit und internationale Friedensgestaltung. Alle

folgenden Grundsatzkommissionen versuchten mit ihren Programmen Antworten zu geben auf die Fragen und Krisen ihrer Zeit. Sie dienten der innerparteilichen Selbstvergewisserung und Profilschärfung sowie als Wegweiser für drängende Fragen und neue Herausforderungen. Die jeweiligen inhaltlichen Erweiterungen und Ausdifferenzierungen zeigen dabei die Modernisierungspolitik, die die CSU von 1945 bis zum Grundsatzprogramm von 2016 vertreten hat.

Die Auftaktveranstaltung unserer Reihe „Grundsätzliches“ war nicht nur ein historischer Rückblick auf CSU-Grundsatzprogramme, sondern auch eine Premiere. „So viele Vorsitzende auf die Bühne zu bringen, ist bisher noch nicht gelungen“, freute sich der Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung, Markus Ferber, MdEP. Eines ist durch die Reihe „Grundsätzliches“ auch deutlich geworden: Eine „Allerweltpartei“ war die CSU, wie schon der Politikwissenschaftler Heinrich Oberreuter bemerkte, nie. ■



Die ehemaligen und aktuellen Vorsitzenden der CSU-Grundsatzkommission (v.l.n.r.) Edmund Stoiber, Alois Glück, Theo Waigel und Anja Weisgerber sowie der Historiker Thomas Schlemmer (2.v.r.) mit Moderatorin Sandra Victoria Rothhaar. (3.v.l.) HSS-Vorsitzender Markus Ferber, MdEP, freute sich über den Coup, so viele Vorsitzende der Grundsatzkommissionen gemeinsam auf die Bühne zu bringen. Eine Premiere.

Die gesamte Veranstaltung können Sie auf YouTube ansehen.



Die beiden ehemaligen Vorsitzenden der Grundsatzkommission, Theo Waigel und Edmund Stoiber, verrieten so manch unbekannte und witzige Anekdote.

Die Auftaktveranstaltung unserer Reihe „Grundsätzliches“ war nicht nur ein historischer Rückblick auf CSU-Grundsatzprogramme, sondern lieferte auch interessante Einblicke und Fragestellungen.

IMPRESSUM

Herausgeber:

©2023, **Hanns-Seidel-Stiftung e.V.**, München
Lazarettstraße 33, 80636 München
Tel. +49 (0)89 1258-0
E-Mail: politicus@hss.de
Online: www.hss.de

Vorsitzender: Markus Ferber, MdEP

Generalsekretär: Oliver Jörg

Leiterin Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit: Susanne Hornberger (V.i.S.d.P.)

Redaktion:

Barbara Fürbeth (Redaktionsleiterin)
Verena Hausner (Stv. Redaktionsleiterin)
Susanne Berke (Redakteurin)
Claudia Magg-Frank (Redakteurin)
Marion Steib (Redaktionsassistentin)
Art Director: Julia Ehrenreich
Druck: Kern GmbH, Bexbach

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e. V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind.

Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e. V.

Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder. Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn ihnen ein Rückporto beiliegt.

Hinweis: Die Hanns-Seidel-Stiftung verfolgt das Ziel, alle Geschlechter gleichermaßen anzusprechen und sichtbar zu machen. Sämtliche im Text verwendeten Personenansprachen beziehen sich uneingeschränkt auf alle Geschlechter und beinhalten keine Wertung.

Die Zeitschrift politicus erscheint als dreimonatiges Nummernheft. Abonnement- und Einzelheftbestellungen sind kostenfrei über die Redaktion möglich.

Ein Verkauf oder eine sonstige gewerbliche Nutzung der von der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegebenen Medien ist nicht gestattet.

Weitere Exemplare können über die Hanns-Seidel-Stiftung, E-Mail: publikationen@hss.de bezogen werden.

Titelfoto: PRILL Mediendesign

Fotos: Bogenberger, Sebastian Buff, DEHOGA, Füracker: StMFH, glasow-fotografie, Florian Hahn, Sophia Hufnagel, HSS-ACSP/Ph P: Müller, Imago 0050470940h, Josef: 1_1_1, HSS-ACSP/Günther Marschall, Irmak Kalac, Jörg Koch, Laufer, pogonici, Servatius, Hannah Staus, StMFH, Thorsten Winkelmann

Gedruckt auf: enviro®polar . Ausgezeichnet mit:

Blauer Engel, Cradle to Cradle Certified® Silver; FSC® Recycled
ISSN (Print) 2940-2298 ISSN (Online) 2940-6013 ZKN 35998

politicus

Wir bieten Hintergrundwissen in Form von Analysen, Interviews und Reportagen zu Themen rund um Politik und Gesellschaft. Besuchen Sie uns auf unserer Website und unseren Social-Media-Kanälen. Dort sind wir jederzeit für Sie erreichbar. Unter www.hss.de/publikationen/ können Sie die vorliegende Ausgabe des politicus kostenfrei bestellen.



Hanns
Seidel
Stiftung

Hanns-Seidel-Stiftung
Lazarettstr. 33, 80636 München

info@hss.de
T +49 (0) 89 1258-0

hss.de
[instagram.com/stiftungfuerdemokratie/](https://www.instagram.com/stiftungfuerdemokratie/)
[facebook.com/HannsSeidelStiftung](https://www.facebook.com/HannsSeidelStiftung)
twitter.com/HSSde
[youtube.com/HannsSeidelStiftung](https://www.youtube.com/HannsSeidelStiftung)
linkedin: Hanns-Seidel-Stiftung

ZKN 35998
ISSN (Print) 2940-2298
ISSN (Online) 2940-6013